

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.

fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Feilzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Zulieferer für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 236.

Dienstag, den 8. Oktober 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Keine Aufhebung der Liebesgabe.

Am 1. Oktober trat die vom Reichstag am 21. Mai endgültig beschlossene Milderung des Branntweinsteuergesetzes in Kraft. Heuchlerisch wurde uns dieses Gesetz von den Junkern und Junkerengenossen als „Absetzung der Liebesgabe“ angepriesen. Die Regierungsvorlage sollte dem Reiche 36 Millionen Mark jährlich einbringen; der Reichstag schuf den Brennern noch neue Vorteile, an die selbst der Bundesrat nicht gedacht hatte, so daß für die Reichskasse aus der Milderung nur noch eine Mehreinnahme von 18 1/2 Millionen erwächst.

Die Branntweinverbrauchsabgabe betrug bis zum 30. September 1 Mark 25 Pfg. für den Liter reinen Alkohol; indes stand es vielen Branntweimbrennern zu, für einen Teil ihres Produktes, das sogenannte „Kontingent“, nur 1 Mark 5 Pfg. zu bezahlen, für das Liter also 20 Pfg., für das Hektoliter 20 Mk. weniger zu bezahlen. Jetzt muß aller Branntwein die volle Verbrauchsabgabe tragen. Die Folge davon ist, daß der Branntwein für das Hektoliter reinen Alkohol um weitere 12 Mark verteuert wird, also ein Liter Schnaps um 5 Pfg.; der Schnaps, der glasweise an die Proletarier, Bauern und Kleinbürger in den Schenken abgegeben wird, d. h. an die, welche das gemeingefährliche Zeug nicht meiden wollen, wird in seinem Alkoholgehalt um etwa 1 Prozent weiter vermindert werden.

Die Folge dieser Verdünnung des Branntweins wird sein, daß ein Teil des Proletariats und des Mittelstandes noch mehr Geld für Schnaps ausgeben wird, denn wenn die erwähnte verderbliche Wirkung nach dem ersten Glase ausbleibt, lassen Lören ein zweites folgen. Darin liegt das Gefährliche des neuen Gesetzes.

Es wäre für die Sozialdemokratie annehmbarer gewesen, wenn es der Reichskasse Geld zugeführt hätte, ohne zur Erhöhung des Branntweinpreises zu führen, wenn also den Brennern ein Vorteil durch das neue Gesetz entzogen worden wäre. Wären die Brenner genötigt, den alten Preis beizubehalten, aber die volle Steuer auch für das bisherige Kontingent zu entrichten, dann wäre das neue Gesetz ein Fortschritt.

Nun ist die „Kontingentierung“ in der Tat seinerzeit geschaffen worden, um den Brennern einen Extraprofit, eine Liebesgabe zu verschaffen; der Branntweinpreis wurde um die ganze Steuer erhöht, während für einen Teil des Schnapses vom Brenner nur ein Teil der Steuer gezahlt wurde. Wenn nun jetzt die Aufhebung des Kontingents nicht dazu führt, daß den Brennern dieser „Rebbaß“ entgeht, sondern daß sie einfach den Preis weiter erhöhen, so liegt das an gewissen Bestimmungen des Branntweinsteuergesetzes vom Jahre 1909. Durch die Einführung damals beschlossener Vorschriften ist es gelungen, jede Konkurrenz in der Branntwein-Produktion auszuschalten und der sogenannten „Spirituszentrale“ ein Privatmonopol zu schaffen. Und zwar sind es die Bestimmungen über den Durchschnittsbrand und über den Vergällungszwang, welche diese Wirkung hatten. Hätte man jetzt diese Vorschriften aufgehoben, dann hätte die Aufhebung der Kontingentierung allerdings dahin geführt, daß den Junkern die Liebesgabe entgangen wäre. Die Aufhebung der Kontingentierung hätte dann allerdings zu einer Erhöhung der Einnahmen des Reiches geführt, ohne daß der Preis des Branntweins hätte steigen können.

Die Branntweimbrenner haben sich zu einem „Verwertungsverbande deutscher Spiritusfabrikanten“ zusammengetan. Die „Spiritusfabrikanten“, welche den rohen Branntwein kaufen und zu einem trinkbaren Produkt destillieren, bildeten die „Zentrale für Spiritusverwertung“. Beide Organisationen taten sich zur „Spirituszentrale“ zusammen. Alle an einen der beiden genannten Verbände angeschlossenen Brenner und Spiritusfabrikanten liefern ihr gesamtes Produkt zum Verkauf an die „Spirituszentrale“, deren Mitglieder sie sind. Wenn es nun leistungsfähige Brenner und Spiritusfabrikanten geben würde, die nicht zur „Spirituszentrale“ gehören, dann würde die Spirituszentrale nicht in der Lage sein, den Verbrauchern den Branntweinpreis einfach vorzuschreiben. Die Konkurrenz würde dafür sorgen, daß die Aufhebung der Kontingentierung eine Preissteigerung unmöglich macht, da ja die gesamte Branntweinsteuer schon bisher auf den Preis bei der Kalkulation (Berechnung) draufgeschlagen war. Aber im Jahre 1909 wurde bestimmt, daß den Brennern oder vielmehr einem Teil der Brenner ein Durchschnittsbrand in Rechnung gestellt wurde. Wer mehr als den Durchschnittsbrand herstellt, muß eine enorme Betriebsaufgabe für den sogenannten „Ueber-

brand“ zahlen. Neu entstehende Brennereien bekamen überhaupt keinen Durchschnittsbrand, so daß sie ihr ganzes Produkt als „Ueberbrand“ maßlos versteuern müssen. Ueberdies wurde durch ein schlaues System verzwickter Paragraphen erreicht, daß von den alten Brennereien die nicht an die Spirituszentrale angeschlossenen Brenner den kleinsten Durchschnittsbrand zugewiesen erhielten. Die Folge dieser Bestimmungen war, daß neue Brennereien seit 1909 nicht entstehen konnten und die alten, soweit sie an die Spirituszentrale nicht angeschlossen waren, ruiniert worden sind.

Dem gleichen Zwecke dient der „Vergällungszwang“. Den Brennereien wurde vorgeschrieben, einen Teil ihres Produktes zu „vergällen“, d. h. zu Brennspritus zu verarbeiten. Am Brennspritus ist nicht annähernd so viel zu verdienen, wie am Trinkbranntwein. Auch hier richtete es der schwarzblaue Bloß so ein, daß die an die Spirituszentrale angeschlossenen Brennereien in geringem Maße die „Außenleiter“ und die etwa neu zu errichtenden Brennereien in hohem Maße betroffen wurden. Durch beide Maßnahmen, den Durchschnittsbrand und den Vergällungszwang, erreichte es die „Spirituszentrale“, daß sie heute konkurrenzlos dasteht. Jetzt konnte ihr am Kontingent nichts mehr gelegen sein; so konnte der Gewinn, der ihr dadurch entgeht, daß der bisher „kontingentiertere“ Schnaps nunmehr die volle Steuer zu tragen hat, durch Erhöhung des Branntweinpreises sofort ausgeglichen werden.

Und für das Gesetz, das im Interesse der Reichskasse den Branntwein verteuert und dadurch armen Schlußern, die das Trinken nicht lassen wollen, viele Millionen aus der Tasche reißt, sowie für die einzelnen zum Teil ungeheuerlichen Bestimmungen des Gesetzes stimmten die Konservativen, die Reichspartei, das Zentrum, die Christlich-Sozialen, die Polen und — die Nationalliberalen, die sich im Wahlkampf als Gegner der einseitigen Interessenpolitik des schwarz-blauen Bloßes aufspielen.

Wer es mit den breiten Massen des deutschen Volkes gut meinte, konnte nur entweder das neue Gesetz mit der Aufhebung der Kontingentierung ablehnen oder der Neuerung nur unter der Bedingung zustimmen, daß der Durchschnittsbrand und der Vergällungszwang gleichzeitig mit der Kontingentierung in Fortfall kamen. Dann wären sofort neue Brennereien gegründet worden und hätten der Spirituszentrale Konkurrenz gemacht; jetzt ist das unmöglich, denn wer eine neue Brennerei errichten wollte, müßte sein Produkt als „Ueberbrand“ maßlos hoch versteuern und überdies „vergällen“, statt es als Trinkbranntwein umzusetzen. Die Parteien, welche dem Gesetz zustimmten, taten es, um für Militarismus und Flotte, für die Zwecke der besitzenden Klassen, neue Mittel zur Verfügung zu haben, um der besitzenden Klasse so wenig Steuern wie nur möglich aufzuerlegen und den Schnapsjunkern neue Vorteile zuzuwenden, die mit viel Schlaueit in das Gesetz hineingebracht worden sind.

Das Kontingent ist nunmehr abgeschafft, beiläufig nur in Norddeutschland, in Bayern, Württemberg und Baden ist es bestehen geblieben. Hier mußte es bestehen bleiben, wollte man die kleinen Brennereien, die dort existieren, nicht im Interesse der norddeutschen, namentlich unserer ostelbischen Brennereien, vernichten, die dann den bisher von den süddeutschen Produzenten gedeckten Bedarf auch noch ihrerseits gedeckt hätten. In Süddeutschland sind nämlich die Rohstoffe, die der Brenner braucht, um sein Gift zu brauen, viel teurer wie bei uns. Wenn durch die Kontingentierung im Süden nicht ein gewisser Ausgleich geschaffen würde, so würden die süddeutschen Brenner ihre Bude zumachen. Wie sich die Verteilung des Gesamtkontingents auf die einzelnen Brenner abspielte, das ist eine verwickelte Geschichte, die hier nicht erzählt werden kann. Das Gesamtkontingent wurde folgendermaßen berechnet. Am 1. Dezember 1905 wurde durch eine Volkszählung festgestellt, wie viel Menschen erstens in Württemberg, Bayern, Baden und Hohenzollern, zweitens im übrigen Teil von Deutschland lebten. Mitten in Bayern gelegen sind das zu Sachsen-Weimar gehörige Vordereger Amt Ostheim und das Sachsen-Roburg-Gotha gehörige Amt Königsberg. Beide Gebiete wurden in bezug auf die Branntweinsteuer zu Bayern gerechnet. Die Bevölkerungsziffer für Bayern, Württemberg, Baden und Hohenzollern wurde mit 3, die im übrigen Deutschland mit 4 1/2 multipliziert. Beide Ziffern wurden addiert und ergaben die Menge reinen Alkohol, die als „Gesamtkontingent“ mit dem geringeren Steuerfuß zu versteuern war.

Das neue Gesetz bedeutet, daß der Schnaps noch teurer wird. Und deshalb sollten alle Partei-

genossen, die der Verachtung seitens gestitteter Sozialdemokraten nicht anheimfallen wollen, es sich getreu dem Beschluß der letzten Parteitage zur unbedingten Pflicht machen, jeden Tropfen Schnaps zu meiden! Mögen die Junker ihren Fusel allein trinken! Fort mit dem dem Junkerfusel der Fuseljunkter!

## Die Lage auf dem Balkan.

Wenn man den Wust der heute vom Balkan vorliegenden Meldungen durcharbeitet, dann findet man, daß wesentlich neues eigentlich überhaupt nicht zu berichten ist. Zwar wird von der sensationslüsternen Presse mitgeteilt, daß die Türkei den Vorstellungen Rußlands und Frankreichs nachgegeben habe und damit die Kriegsgefahr beseitigt sei. Das ist jedoch nichts anderes als eine Ente, die irgend ein hungriger Zeilenschinder hat aufschlattern lassen. Tatsache ist nur, daß die Türkei den Mächten mitgeteilt hat, daß sie nunmehr die Reformen in Mazedonien durchzuführen werde. Im Versprechen sind die türkischen maßgebenden Kreise aber immer sehr groß gewesen.

Wie wir schon mitgeteilt haben, sind sich die Großmächte über die Art ihres Vorgehens so ziemlich einig geworden. Dasselbe basiert auf folgender Grundlage:

1. Durch rascheste Vorstellungen sollen die Mächte auf die Balkanstaaten in dem Sinne einwirken, daß diese sich jeder Störung des Friedens auf dem Balkan zu enthalten haben.

2. Für den Fall, daß die Ermahnungen der Mächte nicht den gewünschten Eindruck machen, sollen die Balkanstaaten von dem gemeinsamen Willen Europas verständigt werden, daß sie auch im Falle eines Sieges über die Türkei auf keine Gebietserweiterung zu rechnen haben. Diese Bestimmung würde den Hauptanreiz für den Krieg entfallen lassen.

3. Wenn die Balkanstaaten sich fügen, sollen die Mächte sich gemeinsam für die Durchführung der Reformen in der europäischen Türkei einsetzen.

Die Verhandlungen mit den Balkanstaaten sollen Rußland und Österreich-Ungarn führen. Wie verlautet, ist man in Bulgarien hiervon nicht sehr erbaud, nachdem Rußland Bulgariens Ansprüche in bezug auf Mazedonien als übertriebene bezeichnet hat.

Die Kriegsstimmung hält noch immer an. In Serbien wurde von der Skupstina die erforderlichen Mittel für einen Krieg bewilligt. Der einzige Gegner dieser Bewilligung war der Genosse Laptschewitz, der sich scharf gegen den Krieg aussprach und einem demokratischen Balkanbund das Wort redete. Dieser Vernunftgründen aber waren die kriegsflüsternden Abgeordneten nicht zugänglich. — Wie es heißt, sind die reichen Serben nicht geneigt, zu den Kriegskosten beizutragen. Hier hört der Patriotismus auch beim Geldbeutel auf.

Während man in Serbien unjeren Genossen ziemlich ruhig anhörte, kam es in Bulgarien bei den Ausführungen unseres Redners in der Sobranje zu stürmischen Szenen. Genosse Sakesow wandte sich gegen die Kriegsrüstungen und erklärte: „Er bedauere, daß er die Harmonie der übrigen stören müsse. Das Standrecht sei eine Folge der Mobilmachung. Unter der Bedrohung mit den harten Strafen des Kriegszustandes wage niemand zu murren. Bei einem Plebiszit wäre das Urteil des Volkes ganz anders ausgefallen. Neben den enthusiastischen Gesichtern sehe man auch andere, die Angst und Grauen vor dem Kommenden zeigten. Der Bund der vier Staaten wäre zu begrüßen, wenn er eine Verständigung über wirtschaftliche und soziale Fragen bedeute. Bis hierher hatte der Redner sprechen können, obwohl Zwischenrufe von allen Seiten ihn störten. Einige Gruppen von Abgeordneten verließen demonstrativ den Saal. Sakesow sprach weiter und erklärte: „Wenn Sie von dem Enthusiasmus der bulgarischen Truppen reden, dann vergessen Sie nicht, daß auch bei den türkischen Truppen Enthusiasmus vorhanden ist.“ Das schlug dem Saal den Boden aus. Der Präsident sprang auf, die Deputierten riesen drohend durcheinander, ein Mitglied der Liberalen stürzte auf Sakesow zu und packte ihn an der Schulter. Andere folgten nach, es sah einen Augenblick aus, als wolle man in Bulgarien ungarisches Parlament spielen. Da sprang der Minister Sablonki vor die Rednertribüne und beschwor die erhabenen Hände der Deputierten, der heiligen Stunde eingedenk zu sein. Der Präsident hob die Sitzung auf und Sakesow verließ, von Gegnern umdrängt und geschoben, aber in guter Haltung, den Sitzungsraum. In den Wandelgängen bedrohten mehrere Abgeordnete unseren Genossen. — Nach wieder aufgenommenem Sitzung wurden natürlich die beantragten Kredite beschlossen.

An der griechischen Grenze hat ein kleiner Zwischenfall stattgefunden. Die Griechen wurden zurückgeschlagen.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

#### Die Fortschrittliche Volkspartei

beschäftigte sich auf ihrem Parteitag in Mannheim außer mit den bereits gestern mitgeteilten Punkten auch mit ihrer Stellung zur Sozialpolitik. Bemerkenswert ist, daß auch nicht ein einziger Redner den Mut fand, für die völlige Aufhebung der Getreidezölle einzutreten. Sie können nicht bestreiten, daß diese Zollpolitik ein schwerer Krebschaden am Körper des deutschen Volkes ist. Für die Beseitigung dieses Krebschadens sind sie aber nicht zu haben. Sonderbare Politiker!

Das Referat über das Thema: „Fortschrittliche Volkspartei und Landwirtschaft“ hielt Abg. Dr. Wendorf. Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und Vermehrung der Selbstgenügsamkeit seien die Hauptforderungen, die wir zu propagieren haben. Zur Hebung des Kleinbesitzes soll in erster Linie der Staat seinen Besitz abgeben. Auch sind Maßregeln zu verlangen, welche die Viehhaltung erleichtern. Das sind zunächst Aufhebung der Futtermittelzölle. In gleicher Weise ist die zollfreie Einfuhr von Zuchtvieh zu verlangen, selbstverständlich unter Wahrung eines genügenden Seuchenschutzes. In einer von ihm vorgelegten Resolution sind die Grundzüge des Referats enthalten. Die Resolution lautet: Steigerung der wirtschaftlichen Produktion durch Schaffung von zahlreichen Mittel- und Kleinbesitzern und von Arbeiteransiedlungen. Hand in Hand damit soll die zollfreie Einfuhr von Zuchtvieh vor sich gehen. Zur Beseitigung der Ursachen der Landflucht soll die ländliche Bevölkerung der gewerblichen in rechtlicher und sozialer Beziehung gleichgestellt werden. Die landwirtschaftliche Produktion soll durch Ermäßigung der Schutzzölle erleichtert werden. — Es ließ dann ein Antrag Becker und Gen. ein, der die Schaffung einer Sachverständigenkonferenz fordert, in der über die Agrarfrage diskutiert und dem nächsten Parteitag Bericht vorgelegt werden soll. — In der Diskussion trat ein scharfer Kontrast zwischen den verschiedenen Richtungen hervor. Beide Gruppen stehen sich ziemlich gleich stark einander gegenüber.

Berschöner-Sena wandte sich gegen die Beseitigung der Zölle, weil dadurch eine Herabdrückung der Bodenrenten eintreten könnte und eine Schädigung der Landwirtschaft unausbleiblich wäre.

Harrer Korell-Angelheim ging auf die Bekämpfung der Reblaus ein und verlangte, daß die Kosten hierfür von der Reichskasse übernommen werden sollen. Daß die Zölle eine Schädigung der deutschen Wirtschaftspolitik herbeigeführt haben, sei zu bestreiten. Sowohl Viehzölle als auch Getreidezölle seien beizubehalten. Die Fortschrittler müßten sich zu dem Grundgedanken: keine weitere Erhöhung der Zölle. Der Redner brachte dann eine Resolution ein, in der er Zurückdrängung des gebundenen Grundbesitzes verlangt, ferner Beseitigung der Futtermittelzölle, Maßnahmen der Städte gegen die Verwilderung und Organisation des Verkehrs zwischen Produzenten und Konsumenten.

Reichstagsabgeordneter Segler hob hervor, daß die Zölle dem Großgrundbesitz eine Steigerung von 30 Prozent, den mittleren Besitzern eine solche von 18 Prozent und dem kleinen Besitzer nur eine solche von 10 Prozent gebracht hat. Die Steigerung ist lediglich eine Folge der Zölle, die Eisenbahntarifiermäßigung ist eine weiße Salbe. Neben der Beseitigung der Futtermittelzölle muß der Getreidezoll auf 50 Pfg. bis 1 Mk. ermäßigt werden; ferner verlangte er Aufhebung der Einfuhrzölle.

Der Antrag auf Schaffung einer Sachverständigenkommission wurde angenommen. Der Antrag Korell wurde der Agrarkommission überwiesen.

Den Bericht der Reichstagsfraktion erlautete Reichstagsabgeordneter Payer. Er äußerte sich über die Präsidentschaftswahl, wobei er der sozialdemokratischen Fraktion den Vorwurf macht, daß sie in der Aufstellung des Kandidaten Scheidemann keine glückliche Hand gehabt habe. Er spricht dann noch zur Quellfrage und empfiehlt dann den Beschluß einer Vertrauensresolution für die Reichstagsfraktion.

Der zweite Verhandlungstag begann mit zwei Vorträgen von Dr. Pachtke-Berlin und Darschat über die Stellung der Volkspartei zum Mittelstand. Die Redner versuchen durch weitwärtige Ausführungen nachzuweisen, daß die Interessen der Handwerker nur in der Volkspartei richtig vertreten werden. — In der vom Parteitag akzeptierten Resolution werden die Forderungen an Ausbau des gewerblichen Unterrichtswezens und auf Ausbau der Grundzüge für Arbeitsvergehung vertreten. Weiterhin wird die Einschränkung der Gefängnisarbeit und die Bekämpfung des Sorglosseins gefordert. Die Diskussion brachte ebensowenig wie die Referate beachtenswerte Momente.

Dr. Kaumann hielt ein Referat über die Arbeiterfrage. Der Sinn seiner Ausführungen, sowie derjenige der Diskussionen, lag darauf hin, die Arbeiter für den Anstoß an die Fortschrittspartei zu gewinnen: Das Wahlscheitern der Arbeitermassen verändert immer mehr die politische Lage. Im Kampf gegen die Reaktion muß man aber die Arbeiter haben. Ehe es nun gelingt, in Deutschland eine radikale Linke zu bekommen, muß die Sozialdemokratie ihre Stellungnahme zur nationalen Frage ändern. Das scheint aber von wenig Aussicht begleitet und wir müssen deshalb sehen, die Arbeiter im Reichsvereine liberaler Arbeiter zu organisieren. — Arbeitersekretär Erkelenz führte in einer ins Possenhafte hinauslaufenden Rede aus: Die liberalen Arbeiter haben eine Sondervereinigung geschaffen, welche der Volkspartei die Kräfte jähren soll, die die Kleinarbeit in der Partei verdrängen. Als Gegenleistung fordere man aber das Eintreten der Volkspartei für die Vereinheitlichung des Arbeiterrechts, vor allem für die Umwandlung des Arbeitsverhältnisses in ein geordnetes Rechtsverhältnis.

nis. — Er wie andere Redner sprachen viel von der Umwandlung des Gewaltverhältnisses in Arbeitsverträge in ein Rechtsverhältnis. Das soll die neue Formel sein, mit der man bei den Arbeitermassen agitatorisch für die Volkspartei wirken will. Dabei mußte aber Erkelenz selbst zugeben, daß der einzige, im Hauptauschuß der Volkspartei sitzende Arbeiter hinausgewählt worden ist, daß im Bureau des jetzigen Parteitages nur akademisch gebildete Leute sitzen, kein Arbeiter und kein Landwirt. — Abgeordneter Müller-Meinungen wendete sich scharf gegen diese Angriffe. Er hob hervor, daß es einem Anglegen gleichkomme, die Arbeiter durch solche Phrasologie auf Wege zu bringen, die eine große Gefahr im Gefolge haben müßten. Man habe in der Volkspartei schon bisher Sozialpolitik getrieben; was nun aber gefordert werde an neuen Formeln für soziale Probleme, das grenze an Phrasologie. Mit Formeln allein kann man im Reichstage nichts ausrichten. — Der Redner fand viel Widerspruch. Ein nach Müller folgender Redner sprach davon, daß mit der Akzeptierung der Anträge Erkelenz und anderer man keine Arbeiter gewinnen könne; erst müsse man in der Volkspartei gründlich umlernen.

Abgeordneter Blatz suchte die Situation zu retten, indem er ausdrückt, daß die Marxisten keine Freude empfinden über die Haltung der Volkspartei zur Arbeiterfrage. Aber die tiefe Kluft zwischen den Auffassungen zur Arbeiterfrage auf dem Parteitage konnte er nicht verdecken. Es liefen nämlich nacheinander mehrere Anträge ein, in denen bald für, bald gegen den Antrag von Erkelenz, Abänderungsanträge gestellt wurden. Aus allen diesen Anträgen ging das eine hervor, es solle mit dem Schlagwort „neues Rechtsverhältnis für die Arbeiter“ zukünftig Propaganda getrieben werden. — Interessant ist vor allem der Vorgang, daß ein Arbeiter Zöller aus Küsselheim mit scharfen Worten das Gebaren des Industrie-Arbeitsnachweises Mannheim-Ludwigshafen unter großem Beifall des Parteitagbesitzes geißelte. Keinem Redner fiel es aber ein, darauf hinzuweisen, daß es Mitglieder der Fortschrittspartei sind, die diesen Arbeitsnachweis begründet haben und erhalten. Als ein Antrag auf Schluß der Debatte einlief, sprach Arbeitersekretär Balzer-Frankfurt dagegen mit dem Hinweis, daß bisher fast nur studierte Leute geredet haben, man solle auch Arbeiter reden lassen. Es entstand ein Tumult, und die Folge davon war, daß weiter verhandelt wurde. Ein Redner wies noch darauf hin, daß mit dem liberalen Arbeiterverein bei der nächsten Reichstagswahl die sozialdemokratischen Hochburgen gesprengt werden sollen. Als die Geister immer erregter aufeinander plakten, griff Wiemer ein und insolge dessen wurden alle Abänderungsanträge für den Antrag Erkelenz zurückgezogen. Damit war Erkelenz sehr unzufrieden. In einem Schlusswort hob er hervor, daß er durch Abstimmung festgestellt wissen wollte, wie die Volkspartei zu der Arbeiterfrage und zur Arbeiterrechtsfrage steht. Es existiert nämlich in der Volkspartei eine mehr als oberflächliche Meinungsverschiedenheit. Mit einigen zur Landarbeiterfrage und zur Frauenfrage akzeptierten Anträgen war dann die Angelegenheit erledigt.

#### Der Herrgott und der Bund der Landwirte.

Zum Erntefest, das am letzten Sonntag in den ländlichen Gegenden Deutschlands gefeiert wurde, bringt die „Deutsche Tageszeitung“ einen Artikel aus der Feder ihres Leiters, der ein geradezu widerliches Gemisch heuchlerischen Pharisäertums und aufdringlicher Frömmigkeit darstellt. Herr Dertel glaubt die Agrarier trösten zu sollen und erinnert sie daran, daß der teilweise schlechte Ausfall der Ernte gegenwärtig für den Landwirt doch leichter zu ertragen ist, als vor etwa 20 Jahren, als man die heutigen Wucherzölle noch nicht kannte. Dann aber heißt es in dem Artikel:

„Nächst dem, der den Wolken die Wege weist und über dem Menschenwesen und Menschenwerke waltet, dankt die Landwirtschaft die Blüte früherer Jahre mit in erster Linie dem kräftigen Zusammenklusse, zu dem sie sich endlich durchgerungen. Schwere Sorgenjahre, wie das jetzige, weisen wieder auf die unbedingte Notwendigkeit dieses Zusammenklusses hin. Wenn das Bauerntum kraftvoll, einmütig und geschlossen sich weiter durchzusetzen versteht, dann kommt es auch über bange Zeiten hinweg. Mögen die Schatten noch so düster über die Höfe und die Äcker wallen; wenn nur die Augen klar bleiben, wenn wir nur den Kopf hoch halten, dann werden wir wieder die Sonne des Sieges und des Segens schauen.“

In die Allmacht seines Herrgotts scheint somit Herr Dr. Dertel doch keine unbefangene Vertrauen zu setzen, denn diese Allmacht mußte ergänzt werden durch die straffe Organisation des Bundes der Landwirte. Unentschieden ist leider noch die Frage, wem der Löwenanteil an dem Verdienst gebührt, dem Herrgott oder Herrn Dr. Dertel, dem Apphalarbeiter.

#### Sausarenstöße gegen die Jesuiten

wurden auf der Generalversammlung des Evangelischen Bundes in Saarbrücken vom Reichstagsabgeordneten Licentiat Eberling und dem Reichstagsabgeordneten Professor Tritmann ausgestoßen. Namentlich wurde die Behauptung, es handle sich um ein Ausnahmesech, für blanken Anfan erklärt. Freilich deutet sich der Bund zum Teil mit dem antisozialdemokratischen Reichsverband, und Herr Generalleutnant z. D. von Liebert, der Ermählte von Borna-Pegau, ist auch beim Evangelischen Bund ein Hauptredner. Da mag das Empfinden für das Weizen von Ausnahmesech ja etwas an Feinheit verloren haben. Aberdies handelt es sich bei den Jesuiten um gefährliche Konkurrenten, und so ist die Stellungnahme des Evangelischen Bundes erklärlich.

#### Die Freunde der Bauern.

Graf Hochburg auf Rohlfeld, einer der reichen schlesischen Junker und Landbesitzer hat wieder ein Rittergut — Kronig — und zwei Bauerntugten in Rohlfeld angekauft. Weiter steht er in Verhandlungen wegen des Ankaufs der Rittergüter Welterau und Falkenburg. Das Kadetische Bauerntug in Kronig fiel ebenfalls seiner Arrondierung zum Opfer. Man befürchtet in Rander, daß ihm demnach auch das Kleinliche Gut in die Hände fällt, dessen Besitzer durch das Falliment einer Sauerischen Bank in Schwierigkeiten geraten ist. Nicht weit ab

vom Grafen Hochburg ist der kaiserliche Gesandte Dirksen seit Jahren mit gleichem Erfolge beim Ankauf von Bauern tätig. Der größte Teil des Kreises Sauer ist ohnedem schon in den Händen der Familien v. Richthofen, v. Sprenger und Wolkenstein. Trotzdem geben sich diese und andere Herren bei jeder sich bietenden Gelegenheit als die wahren Freunde der Bauern aus.

#### Der badische Landtag

wird in etwa zehn Tagen zusammenzutreten, um die letzte Arbeit dieser Session zu vollenden. Es handelt sich um die Beratung und Genehmigung des großen Murzthalwerkwerkes oberhalb Gernsbach (bei Forbach). Zur Vorbereitung der Menarverhandlung ist am Freitag die Budgetkommission der 2. Kammer zusammengekommen. In derselben hielt der Abg. Rebmann einen zweistündigen informierenden Vortrag über die Geschichte und volkswirtschaftliche Bedeutung dieses Riesenerwerkes, um sodann die finanzielle Seite des Unternehmens nach den neuesten Grundlagen des Regierungsprojektes eingehend zu beleuchten. Das Referat, eine begeisterte Empfehlung der Regierungsvorlage, soll nun für die Mitglieder des Landtages in Druck erscheinen. Eine Diskussion fand deswegen nicht statt. Es scheint auch keine Differenz unter den Parteien über die Frage zu bestehen; außerdem wird eine Befestigung der Situation im Murzthal stattfinden. Der Gedanke, daß es nur ein Staats- und kein Privatunternehmen sein soll, hat allgemein Geltung erhalten. Noch im Jahre 1898, als bei der Vergebung der Wasserkräfte des Oberrheins der sozialdemokratische Abg. Ged in der 2. Kammer die Nutzung durch den Staat als einzige Lösung empfahl, entgegnete Minister Eisenlohr, daß der Staat als Unternehmer sich nicht eigne.

#### Osterreich-Ungarn.

Das ungarische Proletariat gegen den Krieg. Am Sonntag wurden in der Hauptstadt Ungarns, in Budapest, drei, und in 21 größeren Provinzstädten je eine Volksversammlung gegen den Krieg abgehalten, die von Tausenden und aber Tausenden von Menschen besucht waren. Die Erbitterung der Massen ist groß und man hörte fast in jeder Versammlung die Rufe: Wir gehen nicht in den Krieg, bevor wir keine Rechte erhalten haben. Die sozialdemokratische Partei hatte für alle Versammlungen eine gleiche Protestresolution ausgearbeitet, die folgendes besagt: Die Sozialdemokratie Ungarns als einzige Kulturpartei des Landes protestiert gegen den Krieg, weil er ein Ueberbleibsel des Mittelalters ist und die hohe Gewalt dominiert. Die Partei protestiert gegen den Krieg, weil er nicht der Wille des ungarischen Volkes, sondern der Dynastie und der Fabrikanten ist. Die Partei protestiert gegen den Krieg, erklärt aber zugleich, daß sie nicht gegen die Freiheitsbestrebungen der Balkanvölker kämpft, sondern die Berechtigung der Freiheitsansprüche der Balkanvölker als natürlich anerkennt. Schließlich wird in der Resolution noch erklärt, daß der Konflikt künstlich herbeigeführt worden ist, daß Osterreich-Ungarn an ihm die Hauptrolle trägt und daß eine Abmachung mit den anderen Staaten und eine Eroberungspolitik Osterreichs auf die türkischen Landesteile von Nowipazar bis Saloniki vorliegt. Das ungarische Volk protestiert gegen den Krieg, weil dieser Krieg von den ungarischen Diplomaten angefaßt wird in dem Augenblicke, in welchem das Volk für sein größtes Recht, das Wahlrecht, kämpft. In der Resolution wird auch dem Bedenken Ausdruck gegeben, daß es für Osterreich-Ungarn eine gefährliche Sache sei, Armeekorps zu mobilisieren und sie nach feindlichen Ländern zu schicken, während im Innern des Landes die Revolution droht. Die Politiker Osterreich-Ungarns werden darauf aufmerksam gemacht, erst dem Volke sein Recht zu geben.

#### Finnland.

Ein russischer Gewaltstreik. Einer telegraphischen Meldung des Rigaischen Bureaus aus Helsinki zufolge wurden Sonntagvormittag der Wiborger Bürgermeister Sagerström und die Stadträte Palmroth und Lucander verhaftet und mit der Bahn nach Petersburg gebracht. Mehrere tausend Menschen huldigten ihnen auf dem Bahnhof. Der Bürgermeister richtete einige Worte an die Menge, was der Polizeimeister zu verhindern suchte. — Wer es wagt, für die Selbständigkeit Finnlands einzutreten, wird von den russischen Schergen ins Gefängnis gesteckt.

## Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 8. Oktober.

Achtung, Bauarbeiterverband, (Sektion der Flozierer)! Wegen Nichtanerkennung des Vertrages ist die Firma Haacke-Gelle gesperrt; für den Bezirk Lübeck folgende Arbeitsplätze in Betracht: Rühlhausneubau, Schwartzauer Allee, und Chemische Fabrik Dänischburg. Kein organisierter Kollege darf dorthin gehen. Der Zweigvereinsvorstand.

Die älteste Lübecker Parteigenossin, wohl auch die älteste deutsche Genossin überhaupt, nämlich die Gattin unseres Reichstagsabgeordneten Theodor Schwarz, ist heute morgen nach längerem Leiden sanft entschlafen. Im Jahre 1833 geboren, hat sie ein Alter von fast 80 Jahren erreicht. In 47jähriger Ehe war sie mit unserem Genossen Theodor Schwarz vereint, dem sie stets eine gute Kameradin in trüben und frohen Stunden gewesen ist. Ein Leben voller Arbeit war es, das nunmehr erloschen ist. Zu Wasser und zu Lande war sie lange in harter Fron miltätig, um das zum Leben Notwendige zu verdienen und für die alten Tage einige Spargroschen zurückzulegen. Und wenn unser Genosse Schwarz sich später ein kleines, bescheidenes Heim in der Alsterde schaffte, so ist es nicht zuletzt ihrem Fleiße zu danken. Für die große Sache des Proletariats hatte die Genossin Schwarz immer Verständnis; sie gehörte zu den Frauen, welche der lässlichen Sozialdemokratie die leuchtend rote Fahne stifteten, die uns noch heute in unseren siegreichen Kämpfen stolz voranweht. Seit dem Tage, da in Lübeck eine Partei

Organisation besteht, gehörte die Genossin Schwarz ihr an. Solange ihre Kräfte es gestatteten, nahm sie an allen Veranstaltungen der Partei teil. Auf den meisten Parteitagen und internationalen Kongressen, zu denen unser Freund Schwarz delegiert war, sah man sie an dessen Seite. Sie war so in weiten Parteidreien eine bekannte Persönlichkeit geworden. Nun hat der Tod ihre Augen für immer geschlossen; die nimmermüden Hände haben ihre Tätigkeit eingestellt. Mit dem Genossen Schwarz trauern die Parteigenossen Lübeck an ihrer Bahre. Ihre ihrem Andenken!

**Die hohe Säuglingssterblichkeit** gehört zu denjenigen Erscheinungen, deren Ursachen zum großen Teil in der bestehenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu suchen sind. Dennoch ist es schon unter den heutigen Verhältnissen möglich, Maßnahmen zu treffen, die eine Einschränkung der Säuglingssterblichkeit zur Folge haben können. Von der Sozialdemokratie sind auch in Lübeck an die Bürgererschaft Anträge gerichtet worden, welche erhöhten Säuglingszuschuß, namentlich die Einführung von Stillprämien forderten. Bei der Majorität des Lübecker Vierklassenparlamentes und auch beim Senat fanden diese sozialdemokratischen Anträge jedoch wenig Verständnis. Nimmehier nimmt zu dem gleichen Thema der Direktor des hiesigen Statistischen Amtes, Herr Dr. Hartwig das Wort, der in den „Lübeckischen Blättern“ folgendes ausführt:

Im vergangenen Jahre sind in Lübeck 847 unter 1 Jahr alte Kinder gestorben. Nach Angabe der den Sterbefall anmeldenden Personen waren von ihnen nur 41 gestillt, dagegen 806 oder fast achtmal so viele nicht gestillt. Schon diese absoluten Zahlen zeigen mit aller Deutlichkeit, daß das Leben der Brustkinder viel weniger gefährdet ist als das der Flaschenkinder. Nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1910 waren von den an diesem Tage im ersten Lebensjahre stehenden Kindern 64,5 Proz. gestillt und 35,5 Proz. nicht gestillt. Nimmt man an, daß diese Prozentsätze für alle im Jahre 1911 lebendgeborenen 2177 Kinder gelten, so wären von ihnen 1404 gestillt und die übrigen 773 künstlich ernährt worden. Nun fanden sich, wie bereits erwähnt, unter den im Jahre 1911 verstorbenen Kindern unter 1 Jahr 41 Brust- und 306 Flaschenkinder. Danach verstarben also 1911 auf

100 Brustkinder	100 Flaschenkinder
2,92	39,59

Mithin war die Sterblichkeit der Flaschenkinder 1911 fast 14 mal so groß wie die der Brustkinder oder, mit anderen Worten, die Lebenserwartung eines Brustkinds war 1911 in der Stadt Lübeck 14 mal so gering wie die eines Flaschenkinds. Daß die Flaschenkinder eine größere Sterblichkeit aufweisen als die Brustkinder, ist zweifellos erst eine neue Erkenntnis; aber sie ist seit mehreren Jahren so oft und nachdrücklich verbreitet worden, daß allmählich alle, die es angeht, es wissen und darnach handeln sollten. Ist auch die Lübeckische Stillziffer durchaus nicht niedrig, so können andere Städte und Staaten doch noch weit höhere aufweisen, so wurden z. B. im Großherzogtum Baden 1911 81,8 Prozent aller neugeborenen Kinder gestillt, im Lübeckischen Staatsgebiet dagegen nur 65,6 Proz. Früher war das Selbststillen in den minderbemittelten Volksschichten die Regel, während die Frauen der wohlhabenden Kreise sich vielfach zu „vornehm“ usw. dazu hielten und mitunter auch zu bequem waren, ihre Kinder selber zu nähren. Diese althergebrachten und sittlich tiefstehenden Anschauungen sind jetzt zum Glück mehr und mehr im Absterben begriffen. Am 1. Dezember 1910 betrug nämlich in Lübeck die Stillziffer bei den Frauen der Großindustriellen, der Großkaufleute und Akademiker 83,8 Proz., der ungelerten Arbeiter 71,4 Proz., der sonstigen Selbständigen 67,3 Proz., der gelernten Arbeiter 65,5 Prozent und der Angestellten 65 Proz. Die Verhältnisse haben sich also gegen früher vollständig umgekehrt, jetzt nimmt die Stillziffer im ganzen mit der Wohlhabenheit zu, früher nahm sie mit ihr ab. Dieser Umschwung ist in erster Linie durch die neuen Feststellungen der Wissenschaft über das, was den Säuglingen frommt, veranlaßt, die ganz naturgemäß zunächst den wohlhabenderen und damit gebildeteren Schichten der Bevölkerung zugute gekommen sind, z. T. beruht er aber auch auf der zunehmenden außerhäuslichen Beschäftigung der Frauen des Volkes, die durch Fabrikarbeit usw. mehr als früher an der Erfüllung ihrer natürlichen Pflicht gehindert werden. Das letztere ist um so bedenklicher, als die Flaschenkinder der unbemittelten Bevölkerungsschichten besonders stark gefährdet sind. So starben 1911 von je 100 Flaschenkindern der höheren Stände nur 8,33 und des Mittelstandes nur 11,54, dagegen des Arbeiterstandes 49,87 Proz., das heißt fast die Hälfte! Das sind erschreckende Zahlen. Das beste, billigste und wirksamste Mittel gegen dieses Kindersterben ist das Selbststillen; von 100 Arbeiterkindern unter einem Jahre, die natürliche Nahrung erhielten, verstarben nämlich nur 3,72, 49,87 und 3,72, das ist doch ein ganz gewaltiger Unterschied! Wie viele Arbeiterfrauen könnten ihre Kinder behalten, wenn sie nur ihrer Mutterpflicht genügen wollten. Denn es liegt doch nicht so, daß alle die Frauen der minderbemittelten Volksschichten, die nicht selber nähren, das — aus physischen oder wirtschaftlichen Ursachen — nicht können; manche könnten es schon, aber wollen es nicht, weil sie zu bequem sind und zum Teil auch nicht wissen, wieviel zuträglich die natürliche Ernährung ihren Kindern ist. Es muß deshalb immer von neuem gesagt werden: Mütter, die ihren Kindern ohne zwingende Gründe die natürliche Nahrung vorenthalten, setzen dadurch das Leben dieser ihrer Kinder aufs Spiel. Zum Beweise dieser Behauptung sei noch angeführt, daß 1911 von 100 Kindern, die im ersten Lebensjahre starben, nur 11,81 gestillt, dagegen 88,19 nicht gestillt waren, und daß von 100 unter 1 Jahr alten Kindern, die an Verdauungsstörungen starben, nur 8,22 natürliche, dagegen 91,78 künstliche Nahrung erhalten hatten. Wenn wir in Deutschland noch immer eine so hohe Kindersterblichkeit haben, so beruht das zum großen Teil darauf, daß so viele Mütter sich ihrer natürlichen Pflicht entziehen. Nimmt das Selbststillen, wie zu hoffen ist, auch weiterhin zu, so wird die Säuglingssterblichkeit paripassu zurückgehen. Alles was lebt, fällt einmal dem Tode anheim, aber daß gerade so viel junges Leben zugrunde geht, ist weder notwendig noch natürlich. An den Müttern liegt es am meisten, daß es anders wird. Wie mancher jungen Mutter könnte der Schmerz erspart bleiben, ihr Kind zu verlieren, wenn sie es selber nähren wollte. Sie ist innerhalb gewisser Grenzen Herrin über Leben und Tod ihres Kindes. Man begreift nicht, wie es Mütter geben kann, die aus persönlicher Bequemlichkeit ihre Kinder verhungern lassen. Solche Mütter verdienen es eigentlich gar nicht, ein Kind zu haben.

Was hier von Herrn Dr. Hartwig ausgeführt wird, deckt sich dem Sinne nach mit vielem, was bereits in Lübeck und anderswo von sozialdemokratischer Seite gesagt worden ist. Nur darin unterscheiden wir uns von Dr. Hartwig, daß er anscheinend meint, in der Hauptsache sei auch bei Arbeiterfrauen die Bequemlichkeit daran schuld, wenn sie ihre Kinder nicht stillen, während wir der Ansicht sind, daß es fast ausschließlich physische und wirt-

schastliche Gründe sind, welche Mütter aus den Kreisen der werktätigen Bevölkerung von der Stillung ihrer Kinder abhalten. Gerade die Zahl der verheirateten Frauen, die in der Industrie tätig sind, nimmt ständig zu. Die gegenwärtig bestehende Teuerung wird noch zahlreiche weitere Frauen und Mütter in die Fabriken zwingen und die Folge wird eine weitere Vermehrung der Säuglingssterblichkeit sein. Deshalb werden auch noch so gut gemeinte Mahnungen an die Mütter wenig nützen; nur geeignete Maßnahmen, wie sie die Sozialdemokratie fordert, und eine gründliche Änderung der bestehenden Wirtschaftspolitik können hier helfen.

**Die Zeit der Abhärtung.** Mit dem Beginn des Herbstes naht einer der wichtigsten Zeitabschnitte des Jahres, die Uebergangszeit, in der der Körper auf die herbe Temperatur des Winters langsam vorbereitet wird. In diesen „weder kalten noch warmen“ Zeiten sind die sogenannten „Anfälligen“ den meisten Gefahren ausgesetzt. Aber sie haben es auch in der Hand, durch ein kluges Anpassen und vorsichtigen Abhärten sich nicht nur gegen die Gefahren des Uebergangs zu wehren, sondern sich auch aufs Beste für die angrenzenden Temperaturen des Winters vorzubereiten. Wenn es auch richtig ist, daß man sich mit seiner Kleidung den Erfordernissen der Witterung anpassen muß, so verzärteln sich doch viele durch zu frühes „Warmeinpacken“, und wenn dann die wirklich bitterkalten Tage kommen, dann hält der Organismus nicht stand. Die Segnungen möglichst reichlichen Genusses frischer Luft sind heutzutage schließlich auch dem Naturentfremdeten klar geworden, und während des Sommers riskieren sie denn auch hin und wieder einen Spaziergang zum „Lufthappen“. Ja, viele haben sogar eingesehen, daß die Nachtluft eigentlich die reinlichste ist, und da wir doch etwa ein Drittel unseres Lebens verschlafen, ist es doch für die Gesunderhaltung unendlich wichtig, auch nachts der frischen Luft durch das geöffnete Fenster freien Zutritt zu unserer Lunge zu gewähren, wobei ja der ängstlichen Sorge vor Zugluft Rechnung getragen werden kann. Aber sowie die ersten Herbstwinde wehen, der erste Herbstnebel steigt, da werden nachts die Fenster wieder geschlossen, und während 6—8 Monate hindurch treibt man dann seelenruhig Selbstvergiftung, indem man immer wieder die im wahren Sinne schmutzig-gewordene Luft einatmet. Wer würde wohl schmutzig-gewordenes Wasser trinken? Hier heißt es nun die Uebergänge benutzen, den Schleimhäuten der Luftwege Gelegenheit geben, sich an die in der Natur sich langsam vorbereitende Abkühlung zu gewöhnen. Einen eventuell bei schneller, starker Abkühlung oder anhaltender Feuchtigkeit sich einstellenden Schnupfen nehme man ja nicht tragisch. Er ist wahrhaftig keine Gefahr; aber die monatelange Selbstvergiftung ist eine der schwersten Gefahren für die Gesundheit des ganzen Organismus. Ebenso heißt es, gerade jetzt durch fleißiges Luftbaden die Haut reaktionsfähig erhalten, abhärten, nämlich hart machen, der harten Kälte den witterharten Körper entgegenziehen. Uebertriebung ist hierbei durchaus nicht nötig; es ist nicht gemeint übermäßiges Planschen mit kaltem Wasser. Ein tägliches fleißiges Luftbaden wirkt hier schon legernd. Je kälter es wird, desto kürzer, aber desto öfter habe man Luft, und erhöhe mit der sinkenden Temperatur die Lebhaftigkeit der Körperbewegungen. Dann wird man nicht nötig haben, durch ein zu frühes Einpacken die Haut zu verzärteln, die dann doch einem ersten Temperaturangriff nicht standhält.

**Im Staatsrechnen und Abgaben** gingen im Monat Septbr. 1912 beim hiesigen Steuerbureau ein: Einkommensteuer 40 758,43 Mk., Wertzuwachssteuer 5 555,— Mk., Grundsteuer 11 826,49 Mk., Eisenbahnsteuer 1 191,62 Mk., Erbschaftsteuer einschl. Erbschaftsabgabe und Zuschläge zur Reichserbschaftsteuer 9 346,77 Mk., Veräußerungsgabgabe 21 785,04 Mk., Stempelabgaben 10 857,90 Mk., Schiffsabgaben 52 081,52 Mk., Gewerbesteuer 150 391,87 Mk., Fiktalsteuer 3 127,18 Mk., zusammen 306 911,71 Mk. gegen 374 932,59 Mk. im gleichen Monat des Vorjahres; mithin 1912 weniger 68 020,88 Mk. Vom 1. April bis Ende Sept. gingen insgesamt 3 165 569,86 Mk. ein gegen 3 031 055,29 Mk. im gleichen Zeitraum des Vorjahres; mithin 134 514,57 Mk. mehr.

**Lübecker Straßenbahn.** Betriebsergebnisse für den Monat Sept. 1912. Befördert sind: 1912: 831 630 Personen, 1911: 641 140 Personen, + 190 490 Personen. Eingenommen sind: 1912: 86 829,12 Mk., 1911: 64 716,49 Mk., + 22 112,63 Mk. — Betriebsergebnisse für die Zeit vom 1. April 1912 bis 30. Sept. 1912. Befördert sind: 1912: 5 191 698 Personen, 1911: 3 841 055 Personen, + 1 350 643 Personen. Eingenommen sind: 1912: 549 838,17 Mk., 1911: 335 387,93 Mk., mehr 164 450,24 Mk.

**pb. Verhaftet.** Ermittelt und festgenommen wurde ein Arbeiter aus Jerrau, der sich auf dem Boden eines Hauses der Hülfsstraße geschlichen, dort genächtigt und alsdann einen Diebstahl ausgeführt hat.

**pb. Einbruchdiebstahl.** In verfloßener Nacht sind aus einem Schuhwarengeschäft in der Bedergrube 43 Paar Chevreau-Herren- und Jünglingsstiefel mittels Einbruchs gestohlen worden. Die Stiefel tragen zum größten Teil die Marke „Good year world“.

**pb. Verschwendunger Handwagen.** Seit längerer Zeit vermisst ein an der Untertrave wohnender Kaufmann seinen blauegestrichenen zweirädrigen, zum Transport von Fässern eingerichteten Handwagen. Er dürfte von einem Unbefugten benutzt und irgendwo hingestellt worden sein. Personen, die über den Verbleib des Wagens Angaben machen können, werden ersucht, sich im Bureau der Kriminal-Polizei zu melden.

**pb. Fahrraddiebstähle und kein Ende.** In der Zeit vom Sonntag, dem 6. ds. Mts. abends 6 Uhr, bis zum Montag, dem 7. ds. Mts. morgens 6 Uhr, ist vom Flur des Hauses Untertrave Nr. 15 ein Fahrrad Marke „Opel“ mit schwarzem Gestell, gelben Felgen, Freilauf, Rücktrittbremse, gerader Lenkstange und der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 7619 abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. Die Vordergabel ist an der linken Seite, etwa 15 Zentimeter von unten, stark beschädigt. — Am 3. ds. Mts., vormittags 11 1/2 Uhr, ist vom Flur des Hauses Mengstraße 28 ein Fahrrad Marke „Deutschland“ mit schwarzem Gestell, ebensolchen Felgen, nach unten gebogener Lenkstange, Freilauf, Rücktrittbremse und der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 2725 abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. Am linken Pedal fehlt eine Verbindungsstange. — Am Sonntag, dem 6. ds. Mts. zwischen 7 und 10 Uhr abends ist vom Flur des Hauses Untertrave 36 ein Fahrrad Marke „Lubeka“ mit schwarzem Gestell, ebensolchen Felgen, nach oben gebogener Lenkstange, Freilauf, Rücktrittbremse, schwarz lackierten Schußblechen, braunem Lederstiel, grauen Cellulot-Handgriffen und der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 8749 abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. Vom linken Handgriff fehlt die Kapsel.

**Neues Stadttheater.** Aus der Kanzlei des Stadttheaters wird uns geschrieben, daß der Direktion nach der letzten Ausführung des Märchenlustspiels „Ein Sommernachts Traum“ von Shakespeare folgende Bitten um nochmalige Wiederholung zugegangen sind, daß sie sich entschlossen hat, diese wirkungsvolle Dichtung noch einmal am Mittwoch, dem 9., bei kleinen Preisen zu geben. Am Donnerstag geht „Der fliegende Holländer“ von Richard Wagner

mit einer kleinen Umbelegung insofern, als diesmal Frau Ella Kruse-Liburtius die Senta und Fräulein von Neuenborff die Mary singen, zum zweiten Mal in Szene. Die Vorstellung beginnt um 8 Uhr und endet 10 1/2 Uhr, sodaß die auswärtigen Besucher immer noch genügende Zeit haben, diezüge erreichen zu können. Der Freitag, den 11., ist einer Otto-Ernst-Feier gewidmet. Mit einer Aufführung von „Fischmann als Erzähler“ beteiligt sich die Direktion an der allgemeinen Erung des Dichters, die, nach einem Beschluß des Deutschen Bühnenvereins, jedem deutschen Bühnenschriftsteller, der in diesem Jahre seinen 50. Geburtstag feiert, werden soll.

**Hamburg.** Todesurteil auf der Werft von Blohm u. Wob. Am Montag vormittag stürzte der bei Grischstraße 5 im Dock 4 vom Gerüst und war sofort tot. — Ein Opfer seines Wagemuts wurde der an Bord des Dampfers „Santa Fee“ bedienstete Peizer Thode. Als Thode in der Nacht zum Sonntag das Schiff verlassen wollte, fand er den zur Kaimauer führenden Steg bereits eingezogen. Da er aber trotzdem an Land gehen wollte, versuchte er, an der Trosse entlang zu gleiten. Bei diesem Wagnis verlor er den Halt, stürzte ins Wasser und ertrank.

**Bremen.** Die Deputation zur besseren Verjorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln hat einen umfangreichen Bericht mit Vorschlägen gegen die Fleischnöcherung erstattet. Sie erklärt, eine Verbilligung des inländischen Fleisches werde am nachhaltigsten durch Herabsetzung der Zollsätze für Futtermittel insbesondere Futtergerste und Mais, erreicht werden können. Ohne solche Maßnahmen könnten sich die Bestrebungen der kleinen Bundesstaaten und der einzelnen Städte nur in sehr eng gesteckten Grenzen bewegen. Von Einfuhr von Vieh oder frischem Fleisch durch die Stadt könne bei den bisherigen Einfuhrbestimmungen ein erheblicher Erfolg nicht erwartet werden. Die Deputation sei zurzeit um Vorschläge bemüht, um die von der preussischen Regierung angekündigten Tarifermäßigungen und Einfuhrdispense auszunutzen, wozu aber noch die Feuerung des Bundesrats abzuwarten sein werde. Zunächst befürwortet die Deputation die Schaffung von Einrichtungen zur Erleichterung der Zufuhr ausländischen Viehes und Fleisches, in erster Linie die Errichtung einer Seequarantäneanstalt, worüber schon Verhandlungen schweben. Ferner schlägt sie statt eigener Einfäufe der Stadt das Zusammenwirken mit dem Lebensmittelhandel vor. Die Fleischer-Innung habe sich schon zur Veranstaltung billiger Fleischverkäufe bereit erklärt, um einen staatlichen Eingriff in ihr Gewerbe zu vermeiden. In einem Vertrag ist dafür mit der Innung ein Einheitspreis von 80 Pfg. für das Pfund Rindfleisch vereinbart worden, wie er weder durch Einfuhr von dänischem Fleisch noch durch städtischen Fleischverkauf erzielt werden könnte. Für Schweinefleisch hat sich ein Einheitspreis nicht erzielen lassen, und zwar wegen des starken Beschells der Preise, der Mengen und der Qualität des Auftriebs. Die Preise für billiges Schweinefleisch sollen für jeden Verkaufstag laut Vertrag besonders festgelegt werden. Als billiger Verkaufstag ist der Mittwoch gewählt. Ebenso wird im Verein mit den Bremer Fischhändlern weiter die Veranstaltung billiger Fischtage erfolgen, wozu mit jenen ebenfalls ein Vertrag abgeschlossen worden ist. Diese billigen Verkäufe finden jeden Dienstag statt. Die Käufer erhalten eine gedruckte Anweisung über Fischzubereitung. Die Kosten hierfür wie für die Befanngabe der Fischtage in den Blättern hat vertragsmäßig die Deputation zu erlassen. Sie beantragt, ihr dafür zunächst 1500 Mk. zu bewilligen.

**Oldenburg.** Erichsen. In Schönmoor wurde bei einem Bauern ein Einbruchdiebstahl verübt. Der Einbrecher wurde verfolgt und kam auf der Flucht zu Fall. Der Revolver, den er in der Tasche trug, entlud sich und der Schuß tötete den Flüchtling auf der Stelle.

## Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

### Teuerung und Eisenbahner.

Die Steigerung der notwendigen Lebensmittelpreise macht sich auch in den Kreisen der Eisenbahner sehr fühlbar, zumal da dort noch verhältnismäßig niedrige Löhne gezahlt werden. Daher beschlossen denn auch die Güterbodenarbeiter in einer hierzu einberufenen Versammlung, mit einem Gesuch um Lohnaufbesserung an die Direktion der L. B. G. heranzutreten, zu welchem Zwecke in der betreffenden Versammlung eine Kommission gewählt wurde, die die Sache in die Hand nehmen und ausarbeiten sollte. Es ist bei solchen Sachen aber Usus, daß der richtige Instanzenweg innegehalten werden muß, und daher wandte sich die Kommission mit ihrem Gesuch zunächst an den Herrn Obergüterverwalter Hammerich mit der Bitte, dieses Gesuch zu befürworten und weiter an die Direktion zu befördern. Dieser Herr empfing nun die Kommission aber sehr ungnädig, weigerte sich, das Gesuch zu befördern und bemerkte sogar, es würde in nächster Zeit überhaupt nichts nützen, denn der Herr Direktor sei verreist. Die Kommission ließ sich aber durch diese Äußerung nicht abschrecken, sondern wandte sich direkt an den Herrn Direktor v. Alvensleben und wurde auch von demselben freundlich empfangen. Nachdem derselbe die Wünsche der Kommission gehört hatte, versprach er, so viel es in seinen Kräften stehe, dafür zu tun. Die Güterbodenarbeiter waren hierauf nun der Ansicht, daß ihnen wohl in nächster Zeit eine kleine Lohnaufbesserung zuteil würde, aber der Mensch denkt und der Herr Obergüterverwalter lenkt. Denn als die Antwort der Direktion beim Obergüterverwalter wieder eintraf, verhandelte derselbe nicht, wie es sich gehört hätte, mit der Kommission, sondern holte sich drei Vorarbeiter und besprach mit denen die ganze Sache. Diese aber mußten von der ganzen Angelegenheit wenig und so ist es denn auch erklärlich, daß unter den Güterbodenarbeitern eine Erbitterung hervorgerufen wurde. In einer hierauf stattgefundenen Zusammenkunft wurde die Kommission nochmals beauftragt, beim Obergüterverwalter vorstellig zu werden. Die Kommission wurde aber vom Obergüterverwalter abgewiesen mit dem Bemerkten, er lehne es entschieden ab, mit der Kommission zu verhandeln; er mache es so, wie er wolle und die Gründe, die ihn dazu veranlassen, könne er nicht angeben. Hierauf beschlossen die Güterbodenarbeiter, sich beschwerdeführend an die Direktion zu wenden und muß dieses Ergebnis nun abgewartet werden. Man muß auch ferner abwarten, wie sich die Güterbodenarbeiter in späterer Zeit zu solchen Maßnahmen des Herrn Obergüterverwalters stellen werden, ob sie noch länger in ihrem alten Schlandrian weiter wandeln werden oder sich einmal aufrufen und zu einer gewappneten Masse zusammenschließen, damit sie solchen Maßnahmen einzelner Personen gegenüber treten können. Das wird ihnen nur möglich, wenn sie Mann für Mann eintreten in die Reichsleitung der Eisenbahner, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Interessen der Eisenbahner nach allen Richtungen zu vertreten. F.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling, Verleger: Th. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

# Todes-Anzeige.

Allen Verwandten, Freunden u. Bekannten die traurige Mitteilung, daß meine liebe Frau

## Johanna Schwartz,

geb. Möller

heute morgen 7.30 Uhr nach langem Krankenlager sanft und ruhig entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bitten.

Theodor Schwartz.

Frau Georg Scherff Ww., geb. Möller.

Lübeck, 8. Oktober 1912.

Die Beerdigung findet am Freitag, dem 11. Oktober, vormittags 11 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Allgemeinen Gottesackers (Burgtor) aus statt. (4014)

**Komitee- und Kommissionssitzungen**

**Transportarbeiterverband**

**Vorstandssitzung** 4017  
Mittwoch abend 8 1/2 Uhr.

**Sozialdemokratischer Verein**

### Nachruf.

Heute Dienstag vormittag verstarb unsere langjährige Genossin und Gattin unseres Reichstagsabgeordneten Frau

**Johanna Schwartz**

im 80. Lebensjahre.

Ehre ihrem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, dem 11. Oktober, vormittags 11 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Burgtorfriedhofes aus statt. Die Genossen und Genossinnen sammeln sich bis 10 3/4 Uhr im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße.

Der Vorstand. (4029)

Nach langer schwerer Krankheit verstarb unser lieber Sohn **Willy** im zarten Alter von 5 1/2 Monaten. Dies zeigen an die betrübten Eltern

**Fritz Wilms und Frau.**

Lübeck, den 7. Oktober 1912. (4018)

Junge Mädchen sucht gr. möbl. Zimmer ev. mit Schlafkabine in Nähe der Hasenburger Allee. Ang. unter **F B** an die Exp. d. Bl. (4028)

Lübeckische Frau empfiehlt sich zu

**Nachtwachen.**

(4020) Schlämmerstr. 511.

Ein Logis zu vermieten.

(4021) Glandestraße 19. III.

Ein Logis

mit morgens und abends Kaffee, zu vermieten. (4026) Schwarzer Allee 88. II.

Zum 1. Januar eine freundliche

Zwei-Zimmer-Wohnung an ruhige

Leute ohne H. Sander. Preis 184 Mk. (4027) Mittelstraße 2.

**1 Zwei-Zimmer-Wohnung**

(Zimmer) zu vermieten.

(4025) Adlersstraße 46a.

Zum 1. Januar eine Drei-Zimmer-Wohnung zu vermieten. Preis 210 Mk. Zu erfragen in der Großstadt dieses Blattes. (4012)

**Grauer Damenmantel**

für neu, billig zu verkaufen.

(4023) Belgerstraße 25a.

**Schrocken, mitl. Natur, 2 mal**

geraug, **Damen-Winterhut** (Grauer-rot) fast neu, zu verkaufen.

(4024) Hasenburgerstraße 2. I. r.

neue Wäsche wird sauber ge-

waschen und gestrichen. (4002)

Frau **E. Pauls**, Schönlagerstr. 19a. I.

**Geben eine Handfläche**

in der Balderstraße. Abzuholen

Kochstr. 42. II. r. (4001)

**Abreisenden** anbewahrt u. nach-

gehacht werden. Geben alle Art, als: Mobilien,

Koffer u. im Lagerhaus u. Speck-



**Vereinigte Butterhändler** von Lübeck und Umgeg.  
**Allerfeinste Meiereibutter** kostet Pfd. **1.50** Mk. (4019)

**Holsten-Meierei** Wickedestraße 44  
2025) Fernruf 2336  
empfiehlt täglich frische ff. Meierei-Butter, Schlag- u. Kaffeesahne, Vollmilch, Mager- und Buttermilch, Pimpkäse. Spezialität: Kochkäse.

**Markthallenstand 31**  
Verkauf von **prima Rindfleisch** im Einvernehmen mit der Polizeibehörde (4011) per Pfund **75** Pfg.

**Empfehle**  
Pa. Gefochte u. Lebertwurst 90 Pfg.  
- Flomenichmalz Pfd. 90 Pfg.  
- Süße Pfd. 80 Pfg.  
- Braunschweiger Pfd. 70 Pfg.  
- Kohlwurst Pfd. 80 Pfg.  
frisches Kalbfleisch Pfd. 80 Pfg.  
ff. Aufschnitt Pfd. 120 Pfg.

**Carl Atmer** 4024 Königstraße 48b.

**Empfehle bis auf weiteres jeden Mittwoch und Sonnabend:**

**ig. Queen- u. Rindfleisch** Suppenfleisch Pfd. 75 Pfg. Bratenstücke 85

Im Auftrage des Polizeiamts. **11 Markthallenstand 11.**

**Otto Hein, Schlachter.**

**Unübertroffen!** Schellwasserteig

**Ragoda** 1 Pfd. nur 55 Pfg. Höchste Arzneiwirkung. Zur Herstellung von Ragoda gehen wir 1/2 Pfd. Gelatine von 10 Pfd. 3 in Alaun, 1/2 Pfd. 1 erst mit Wasser, 1/2 Pfd. 1 in Wasser, von 20 Pfd. 1 ff. Domst-Brosche 1/2 Pfd. 1 Wasser, von 30 Pfd. 2 erst mit Wasser, 1/2 Pfd. 1 oder 1 erst mit Wasser, 1/2 Pfd. 1 Wasser, von 40 Pfd. 1 ff. Domst-Brosche 1/2 Pfd. 1 Wasser, von 50 Pfd. 1 Wasser, von 60 Pfd. 1 Wasser, von 70 Pfd. 1 Wasser, von 80 Pfd. 1 Wasser, von 90 Pfd. 1 Wasser, von 100 Pfd. 1 Wasser, von 110 Pfd. 1 Wasser, von 120 Pfd. 1 Wasser, von 130 Pfd. 1 Wasser, von 140 Pfd. 1 Wasser, von 150 Pfd. 1 Wasser, von 160 Pfd. 1 Wasser, von 170 Pfd. 1 Wasser, von 180 Pfd. 1 Wasser, von 190 Pfd. 1 Wasser, von 200 Pfd. 1 Wasser, von 210 Pfd. 1 Wasser, von 220 Pfd. 1 Wasser, von 230 Pfd. 1 Wasser, von 240 Pfd. 1 Wasser, von 250 Pfd. 1 Wasser, von 260 Pfd. 1 Wasser, von 270 Pfd. 1 Wasser, von 280 Pfd. 1 Wasser, von 290 Pfd. 1 Wasser, von 300 Pfd. 1 Wasser, von 310 Pfd. 1 Wasser, von 320 Pfd. 1 Wasser, von 330 Pfd. 1 Wasser, von 340 Pfd. 1 Wasser, von 350 Pfd. 1 Wasser, von 360 Pfd. 1 Wasser, von 370 Pfd. 1 Wasser, von 380 Pfd. 1 Wasser, von 390 Pfd. 1 Wasser, von 400 Pfd. 1 Wasser, von 410 Pfd. 1 Wasser, von 420 Pfd. 1 Wasser, von 430 Pfd. 1 Wasser, von 440 Pfd. 1 Wasser, von 450 Pfd. 1 Wasser, von 460 Pfd. 1 Wasser, von 470 Pfd. 1 Wasser, von 480 Pfd. 1 Wasser, von 490 Pfd. 1 Wasser, von 500 Pfd. 1 Wasser, von 510 Pfd. 1 Wasser, von 520 Pfd. 1 Wasser, von 530 Pfd. 1 Wasser, von 540 Pfd. 1 Wasser, von 550 Pfd. 1 Wasser, von 560 Pfd. 1 Wasser, von 570 Pfd. 1 Wasser, von 580 Pfd. 1 Wasser, von 590 Pfd. 1 Wasser, von 600 Pfd. 1 Wasser, von 610 Pfd. 1 Wasser, von 620 Pfd. 1 Wasser, von 630 Pfd. 1 Wasser, von 640 Pfd. 1 Wasser, von 650 Pfd. 1 Wasser, von 660 Pfd. 1 Wasser, von 670 Pfd. 1 Wasser, von 680 Pfd. 1 Wasser, von 690 Pfd. 1 Wasser, von 700 Pfd. 1 Wasser, von 710 Pfd. 1 Wasser, von 720 Pfd. 1 Wasser, von 730 Pfd. 1 Wasser, von 740 Pfd. 1 Wasser, von 750 Pfd. 1 Wasser, von 760 Pfd. 1 Wasser, von 770 Pfd. 1 Wasser, von 780 Pfd. 1 Wasser, von 790 Pfd. 1 Wasser, von 800 Pfd. 1 Wasser, von 810 Pfd. 1 Wasser, von 820 Pfd. 1 Wasser, von 830 Pfd. 1 Wasser, von 840 Pfd. 1 Wasser, von 850 Pfd. 1 Wasser, von 860 Pfd. 1 Wasser, von 870 Pfd. 1 Wasser, von 880 Pfd. 1 Wasser, von 890 Pfd. 1 Wasser, von 900 Pfd. 1 Wasser, von 910 Pfd. 1 Wasser, von 920 Pfd. 1 Wasser, von 930 Pfd. 1 Wasser, von 940 Pfd. 1 Wasser, von 950 Pfd. 1 Wasser, von 960 Pfd. 1 Wasser, von 970 Pfd. 1 Wasser, von 980 Pfd. 1 Wasser, von 990 Pfd. 1 Wasser, von 1000 Pfd. 1 Wasser, von 1010 Pfd. 1 Wasser, von 1020 Pfd. 1 Wasser, von 1030 Pfd. 1 Wasser, von 1040 Pfd. 1 Wasser, von 1050 Pfd. 1 Wasser, von 1060 Pfd. 1 Wasser, von 1070 Pfd. 1 Wasser, von 1080 Pfd. 1 Wasser, von 1090 Pfd. 1 Wasser, von 1100 Pfd. 1 Wasser, von 1110 Pfd. 1 Wasser, von 1120 Pfd. 1 Wasser, von 1130 Pfd. 1 Wasser, von 1140 Pfd. 1 Wasser, von 1150 Pfd. 1 Wasser, von 1160 Pfd. 1 Wasser, von 1170 Pfd. 1 Wasser, von 1180 Pfd. 1 Wasser, von 1190 Pfd. 1 Wasser, von 1200 Pfd. 1 Wasser, von 1210 Pfd. 1 Wasser, von 1220 Pfd. 1 Wasser, von 1230 Pfd. 1 Wasser, von 1240 Pfd. 1 Wasser, von 1250 Pfd. 1 Wasser, von 1260 Pfd. 1 Wasser, von 1270 Pfd. 1 Wasser, von 1280 Pfd. 1 Wasser, von 1290 Pfd. 1 Wasser, von 1300 Pfd. 1 Wasser, von 1310 Pfd. 1 Wasser, von 1320 Pfd. 1 Wasser, von 1330 Pfd. 1 Wasser, von 1340 Pfd. 1 Wasser, von 1350 Pfd. 1 Wasser, von 1360 Pfd. 1 Wasser, von 1370 Pfd. 1 Wasser, von 1380 Pfd. 1 Wasser, von 1390 Pfd. 1 Wasser, von 1400 Pfd. 1 Wasser, von 1410 Pfd. 1 Wasser, von 1420 Pfd. 1 Wasser, von 1430 Pfd. 1 Wasser, von 1440 Pfd. 1 Wasser, von 1450 Pfd. 1 Wasser, von 1460 Pfd. 1 Wasser, von 1470 Pfd. 1 Wasser, von 1480 Pfd. 1 Wasser, von 1490 Pfd. 1 Wasser, von 1500 Pfd. 1 Wasser, von 1510 Pfd. 1 Wasser, von 1520 Pfd. 1 Wasser, von 1530 Pfd. 1 Wasser, von 1540 Pfd. 1 Wasser, von 1550 Pfd. 1 Wasser, von 1560 Pfd. 1 Wasser, von 1570 Pfd. 1 Wasser, von 1580 Pfd. 1 Wasser, von 1590 Pfd. 1 Wasser, von 1600 Pfd. 1 Wasser, von 1610 Pfd. 1 Wasser, von 1620 Pfd. 1 Wasser, von 1630 Pfd. 1 Wasser, von 1640 Pfd. 1 Wasser, von 1650 Pfd. 1 Wasser, von 1660 Pfd. 1 Wasser, von 1670 Pfd. 1 Wasser, von 1680 Pfd. 1 Wasser, von 1690 Pfd. 1 Wasser, von 1700 Pfd. 1 Wasser, von 1710 Pfd. 1 Wasser, von 1720 Pfd. 1 Wasser, von 1730 Pfd. 1 Wasser, von 1740 Pfd. 1 Wasser, von 1750 Pfd. 1 Wasser, von 1760 Pfd. 1 Wasser, von 1770 Pfd. 1 Wasser, von 1780 Pfd. 1 Wasser, von 1790 Pfd. 1 Wasser, von 1800 Pfd. 1 Wasser, von 1810 Pfd. 1 Wasser, von 1820 Pfd. 1 Wasser, von 1830 Pfd. 1 Wasser, von 1840 Pfd. 1 Wasser, von 1850 Pfd. 1 Wasser, von 1860 Pfd. 1 Wasser, von 1870 Pfd. 1 Wasser, von 1880 Pfd. 1 Wasser, von 1890 Pfd. 1 Wasser, von 1900 Pfd. 1 Wasser, von 1910 Pfd. 1 Wasser, von 1920 Pfd. 1 Wasser, von 1930 Pfd. 1 Wasser, von 1940 Pfd. 1 Wasser, von 1950 Pfd. 1 Wasser, von 1960 Pfd. 1 Wasser, von 1970 Pfd. 1 Wasser, von 1980 Pfd. 1 Wasser, von 1990 Pfd. 1 Wasser, von 2000 Pfd. 1 Wasser, von 2010 Pfd. 1 Wasser, von 2020 Pfd. 1 Wasser, von 2030 Pfd. 1 Wasser, von 2040 Pfd. 1 Wasser, von 2050 Pfd. 1 Wasser, von 2060 Pfd. 1 Wasser, von 2070 Pfd. 1 Wasser, von 2080 Pfd. 1 Wasser, von 2090 Pfd. 1 Wasser, von 2100 Pfd. 1 Wasser, von 2110 Pfd. 1 Wasser, von 2120 Pfd. 1 Wasser, von 2130 Pfd. 1 Wasser, von 2140 Pfd. 1 Wasser, von 2150 Pfd. 1 Wasser, von 2160 Pfd. 1 Wasser, von 2170 Pfd. 1 Wasser, von 2180 Pfd. 1 Wasser, von 2190 Pfd. 1 Wasser, von 2200 Pfd. 1 Wasser, von 2210 Pfd. 1 Wasser, von 2220 Pfd. 1 Wasser, von 2230 Pfd. 1 Wasser, von 2240 Pfd. 1 Wasser, von 2250 Pfd. 1 Wasser, von 2260 Pfd. 1 Wasser, von 2270 Pfd. 1 Wasser, von 2280 Pfd. 1 Wasser, von 2290 Pfd. 1 Wasser, von 2300 Pfd. 1 Wasser, von 2310 Pfd. 1 Wasser, von 2320 Pfd. 1 Wasser, von 2330 Pfd. 1 Wasser, von 2340 Pfd. 1 Wasser, von 2350 Pfd. 1 Wasser, von 2360 Pfd. 1 Wasser, von 2370 Pfd. 1 Wasser, von 2380 Pfd. 1 Wasser, von 2390 Pfd. 1 Wasser, von 2400 Pfd. 1 Wasser, von 2410 Pfd. 1 Wasser, von 2420 Pfd. 1 Wasser, von 2430 Pfd. 1 Wasser, von 2440 Pfd. 1 Wasser, von 2450 Pfd. 1 Wasser, von 2460 Pfd. 1 Wasser, von 2470 Pfd. 1 Wasser, von 2480 Pfd. 1 Wasser, von 2490 Pfd. 1 Wasser, von 2500 Pfd. 1 Wasser, von 2510 Pfd. 1 Wasser, von 2520 Pfd. 1 Wasser, von 2530 Pfd. 1 Wasser, von 2540 Pfd. 1 Wasser, von 2550 Pfd. 1 Wasser, von 2560 Pfd. 1 Wasser, von 2570 Pfd. 1 Wasser, von 2580 Pfd. 1 Wasser, von 2590 Pfd. 1 Wasser, von 2600 Pfd. 1 Wasser, von 2610 Pfd. 1 Wasser, von 2620 Pfd. 1 Wasser, von 2630 Pfd. 1 Wasser, von 2640 Pfd. 1 Wasser, von 2650 Pfd. 1 Wasser, von 2660 Pfd. 1 Wasser, von 2670 Pfd. 1 Wasser, von 2680 Pfd. 1 Wasser, von 2690 Pfd. 1 Wasser, von 2700 Pfd. 1 Wasser, von 2710 Pfd. 1 Wasser, von 2720 Pfd. 1 Wasser, von 2730 Pfd. 1 Wasser, von 2740 Pfd. 1 Wasser, von 2750 Pfd. 1 Wasser, von 2760 Pfd. 1 Wasser, von 2770 Pfd. 1 Wasser, von 2780 Pfd. 1 Wasser, von 2790 Pfd. 1 Wasser, von 2800 Pfd. 1 Wasser, von 2810 Pfd. 1 Wasser, von 2820 Pfd. 1 Wasser, von 2830 Pfd. 1 Wasser, von 2840 Pfd. 1 Wasser, von 2850 Pfd. 1 Wasser, von 2860 Pfd. 1 Wasser, von 2870 Pfd. 1 Wasser, von 2880 Pfd. 1 Wasser, von 2890 Pfd. 1 Wasser, von 2900 Pfd. 1 Wasser, von 2910 Pfd. 1 Wasser, von 2920 Pfd. 1 Wasser, von 2930 Pfd. 1 Wasser, von 2940 Pfd. 1 Wasser, von 2950 Pfd. 1 Wasser, von 2960 Pfd. 1 Wasser, von 2970 Pfd. 1 Wasser, von 2980 Pfd. 1 Wasser, von 2990 Pfd. 1 Wasser, von 3000 Pfd. 1 Wasser, von 3010 Pfd. 1 Wasser, von 3020 Pfd. 1 Wasser, von 3030 Pfd. 1 Wasser, von 3040 Pfd. 1 Wasser, von 3050 Pfd. 1 Wasser, von 3060 Pfd. 1 Wasser, von 3070 Pfd. 1 Wasser, von 3080 Pfd. 1 Wasser, von 3090 Pfd. 1 Wasser, von 3100 Pfd. 1 Wasser, von 3110 Pfd. 1 Wasser, von 3120 Pfd. 1 Wasser, von 3130 Pfd. 1 Wasser, von 3140 Pfd. 1 Wasser, von 3150 Pfd. 1 Wasser, von 3160 Pfd. 1 Wasser, von 3170 Pfd. 1 Wasser, von 3180 Pfd. 1 Wasser, von 3190 Pfd. 1 Wasser, von 3200 Pfd. 1 Wasser, von 3210 Pfd. 1 Wasser, von 3220 Pfd. 1 Wasser, von 3230 Pfd. 1 Wasser, von 3240 Pfd. 1 Wasser, von 3250 Pfd. 1 Wasser, von 3260 Pfd. 1 Wasser, von 3270 Pfd. 1 Wasser, von 3280 Pfd. 1 Wasser, von 3290 Pfd. 1 Wasser, von 3300 Pfd. 1 Wasser, von 3310 Pfd. 1 Wasser, von 3320 Pfd. 1 Wasser, von 3330 Pfd. 1 Wasser, von 3340 Pfd. 1 Wasser, von 3350 Pfd. 1 Wasser, von 3360 Pfd. 1 Wasser, von 3370 Pfd. 1 Wasser, von 3380 Pfd. 1 Wasser, von 3390 Pfd. 1 Wasser, von 3400 Pfd. 1 Wasser, von 3410 Pfd. 1 Wasser, von 3420 Pfd. 1 Wasser, von 3430 Pfd. 1 Wasser, von 3440 Pfd. 1 Wasser, von 3450 Pfd. 1 Wasser, von 3460 Pfd. 1 Wasser, von 3470 Pfd. 1 Wasser, von 3480 Pfd. 1 Wasser, von 3490 Pfd. 1 Wasser, von 3500 Pfd. 1 Wasser, von 3510 Pfd. 1 Wasser, von 3520 Pfd. 1 Wasser, von 3530 Pfd. 1 Wasser, von 3540 Pfd. 1 Wasser, von 3550 Pfd. 1 Wasser, von 3560 Pfd. 1 Wasser, von 3570 Pfd. 1 Wasser, von 3580 Pfd. 1 Wasser, von 3590 Pfd. 1 Wasser, von 3600 Pfd. 1 Wasser, von 3610 Pfd. 1 Wasser, von 3620 Pfd. 1 Wasser, von 3630 Pfd. 1 Wasser, von 3640 Pfd. 1 Wasser, von 3650 Pfd. 1 Wasser, von 3660 Pfd. 1 Wasser, von 3670 Pfd. 1 Wasser, von 3680 Pfd. 1 Wasser, von 3690 Pfd. 1 Wasser, von 3700 Pfd. 1 Wasser, von 3710 Pfd. 1 Wasser, von 3720 Pfd. 1 Wasser, von 3730 Pfd. 1 Wasser, von 3740 Pfd. 1 Wasser, von 3750 Pfd. 1 Wasser, von 3760 Pfd. 1 Wasser, von 3770 Pfd. 1 Wasser, von 3780 Pfd. 1 Wasser, von 3790 Pfd. 1 Wasser, von 3800 Pfd. 1 Wasser, von 3810 Pfd. 1 Wasser, von 3820 Pfd. 1 Wasser, von 3830 Pfd. 1 Wasser, von 3840 Pfd. 1 Wasser, von 3850 Pfd. 1 Wasser, von 3860 Pfd. 1 Wasser, von 3870 Pfd. 1 Wasser, von 3880 Pfd. 1 Wasser, von 3890 Pfd. 1 Wasser, von 3900 Pfd. 1 Wasser, von 3910 Pfd. 1 Wasser, von 3920 Pfd. 1 Wasser, von 3930 Pfd. 1 Wasser, von 3940 Pfd. 1 Wasser, von 3950 Pfd. 1 Wasser, von 3960 Pfd. 1 Wasser, von 3970 Pfd. 1 Wasser, von 3980 Pfd. 1 Wasser, von 3990 Pfd. 1 Wasser, von 4000 Pfd. 1 Wasser, von 4010 Pfd. 1 Wasser, von 4020 Pfd. 1 Wasser, von 4030 Pfd. 1 Wasser, von 4040 Pfd. 1 Wasser, von 4050 Pfd. 1 Wasser, von 4060 Pfd. 1 Wasser, von 4070 Pfd. 1 Wasser, von 4080 Pfd. 1 Wasser, von 4090 Pfd. 1 Wasser, von 4100 Pfd. 1 Wasser, von 4110 Pfd. 1 Wasser, von 4120 Pfd. 1 Wasser, von 4130 Pfd. 1 Wasser, von 4140 Pfd. 1 Wasser, von 4150 Pfd. 1 Wasser, von 4160 Pfd. 1 Wasser, von 4170 Pfd. 1 Wasser, von 4180 Pfd. 1 Wasser, von 4190 Pfd. 1 Wasser, von 4200 Pfd. 1 Wasser, von 4210 Pfd. 1 Wasser, von 4220 Pfd. 1 Wasser, von 4230 Pfd. 1 Wasser, von 4240 Pfd. 1 Wasser, von 4250 Pfd. 1 Wasser, von 4260 Pfd. 1 Wasser, von 4270 Pfd. 1 Wasser, von 4280 Pfd. 1 Wasser, von 4290 Pfd. 1 Wasser, von 4300 Pfd. 1 Wasser, von 4310 Pfd. 1 Wasser, von 4320 Pfd. 1 Wasser, von 4330 Pfd. 1 Wasser, von 4340 Pfd. 1 Wasser, von 4350 Pfd. 1 Wasser, von 4360 Pfd. 1 Wasser, von 4370 Pfd. 1 Wasser, von 4380 Pfd. 1 Wasser, von 4390 Pfd. 1 Wasser, von 4400 Pfd. 1 Wasser, von 4410 Pfd. 1 Wasser, von 4420 Pfd. 1 Wasser, von 4430 Pfd. 1 Wasser, von 4440 Pfd. 1 Wasser, von 4450 Pfd. 1 Wasser, von 4460 Pfd. 1 Wasser, von 4470 Pfd. 1 Wasser, von 4480 Pfd. 1 Wasser, von 4490 Pfd. 1 Wasser, von 4500 Pfd. 1 Wasser, von 4510 Pfd. 1 Wasser, von 4520 Pfd. 1 Wasser, von 4530 Pfd. 1 Wasser, von 4540 Pfd. 1 Wasser, von 4550 Pfd. 1 Wasser, von 4560 Pfd. 1 Wasser, von 4570 Pfd. 1 Wasser, von 4580 Pfd. 1 Wasser, von 4590 Pfd. 1 Wasser, von 4600 Pfd. 1 Wasser, von 4610 Pfd. 1 Wasser, von 4620 Pfd. 1 Wasser, von 4630 Pfd. 1 Wasser, von 4640 Pfd. 1 Wasser, von 4650 Pfd. 1 Wasser, von 4660 Pfd. 1 Wasser, von 4670 Pfd. 1 Wasser, von 4680 Pfd. 1 Wasser, von 4690 Pfd. 1 Wasser, von 4700 Pfd. 1 Wasser, von 4710 Pfd. 1 Wasser, von 4720 Pfd. 1 Wasser, von 4730 Pfd. 1 Wasser, von 4740 Pfd. 1 Wasser, von 4750 Pfd. 1 Wasser, von 4760 Pfd. 1 Wasser, von 4770 Pfd. 1 Wasser, von 4780 Pfd. 1 Wasser, von 4790 Pfd. 1 Wasser, von 4800 Pfd. 1 Wasser, von 4810 Pfd. 1 Wasser, von 4820 Pfd. 1 Wasser, von 4830 Pfd. 1 Wasser, von 4840 Pfd. 1 Wasser, von 4850 Pfd. 1 Wasser, von 4860 Pfd. 1 Wasser, von 4870 Pfd. 1 Wasser, von 4880 Pfd. 1 Wasser, von 4890 Pfd. 1 Wasser, von 4900 Pfd. 1 Wasser, von 4910 Pfd. 1 Wasser, von 4920 Pfd. 1 Wasser, von 4930 Pfd. 1 Wasser, von 4940 Pfd. 1 Wasser, von 4950 Pfd. 1 Wasser, von 4960 Pfd. 1 Wasser, von 4970 Pfd. 1 Wasser, von 4980 Pfd. 1 Wasser, von 4990 Pfd. 1 Wasser, von 5000 Pfd. 1 Wasser, von 5010 Pfd. 1 Wasser, von 5020 Pfd. 1 Wasser, von 5030 Pfd. 1 Wasser, von 5040 Pfd. 1 Wasser, von 5050 Pfd. 1 Wasser, von 5060 Pfd. 1 Wasser, von 5070 Pfd. 1 Wasser, von 5080 Pfd. 1 Wasser, von 5090 Pfd. 1 Wasser, von 5100 Pfd. 1 Wasser, von 5110 Pfd. 1 Wasser, von 5120 Pfd. 1 Wasser, von 5130 Pfd. 1 Wasser, von 5140 Pfd. 1 Wasser, von 5150 Pfd. 1 Wasser, von 5160 Pfd. 1 Wasser, von 5170 Pfd. 1 Wasser, von 5180 Pfd. 1 Wasser, von 5190 Pfd. 1 Wasser, von 5200 Pfd. 1 Wasser, von 5210 Pfd. 1 Wasser, von 5220 Pfd. 1 Wasser, von 5230 Pfd. 1 Wasser, von 5240 Pfd. 1 Wasser, von 5250 Pfd. 1 Wasser, von 5260 Pfd. 1 Wasser, von 5270 Pfd. 1 Wasser, von 5280 Pfd. 1 Wasser, von 5290 Pfd. 1 Wasser, von 5300 Pfd. 1 Wasser, von 5310 Pfd. 1 Wasser, von 5320 Pfd. 1 Wasser, von 5330 Pfd. 1 Wasser, von 5340 Pfd. 1 Wasser, von 5350 Pfd. 1 Wasser, von 5360 Pfd. 1 Wasser, von 5370 Pfd. 1 Wasser, von 5380 Pfd. 1 Wasser, von 5390 Pfd. 1 Wasser, von 5400 Pfd. 1 Wasser, von 5410 Pfd. 1 Wasser, von 5420 Pfd. 1 Wasser, von 5430 Pfd. 1 Wasser, von 5440 Pfd. 1 Wasser, von 5450 Pfd. 1 Wasser, von 5460 Pfd. 1 Wasser, von 5470 Pfd. 1 Wasser, von 5480 Pfd. 1 Wasser, von 5490 Pfd. 1 Wasser, von 5500 Pfd. 1 Wasser, von 5510 Pfd. 1 Wasser, von 5520 Pfd. 1 Wasser, von 5530 Pfd. 1 Wasser, von 5540 Pfd. 1 Wasser, von 5550 Pfd. 1 Wasser, von 5560 Pfd. 1 Wasser, von 5570 Pfd. 1 Wasser, von 5580 Pfd. 1 Wasser, von 5590 Pfd. 1 Wasser, von 5600 Pfd. 1 Wasser, von 5610 Pfd. 1 Wasser, von 5620 Pfd. 1 Wasser, von 5630 Pfd. 1 Wasser, von 5640 Pfd. 1 Wasser, von 5650 Pfd. 1 Wasser, von 5660 Pfd. 1 Wasser, von 5670 Pfd. 1 Wasser, von 5680 Pfd. 1 Wasser, von 5690 Pfd. 1 Wasser, von 5700 Pfd. 1 Wasser, von 5710 Pfd. 1 Wasser, von 5720 Pfd. 1 Wasser, von 5730 Pfd. 1 Wasser, von 5740 Pfd. 1 Wasser, von 5750 Pfd. 1 Wasser, von 5760 Pfd. 1 Wasser, von 5770 Pfd. 1 Wasser, von 5780 Pfd. 1 Wasser, von 5790 Pfd. 1 Wasser, von 5800 Pfd. 1 Wasser, von 5810 Pfd. 1 Wasser, von 5820 Pfd. 1 Wasser, von 5830 Pfd. 1 Wasser, von 5840 Pfd. 1 Wasser, von 5850 Pfd. 1 Wasser, von 5860 Pfd. 1 Wasser, von 5870 Pfd. 1 Wasser, von 5880 Pfd. 1 Wasser, von 5890 Pfd. 1 Wasser, von 5900 Pfd. 1 Wasser, von 5910 Pfd. 1 Wasser, von 5920 Pfd. 1 Wasser, von 5930 Pfd. 1 Wasser, von 5940 Pfd. 1 Wasser, von 5950 Pfd. 1 Wasser, von 5960 Pfd. 1 Wasser, von 5970 Pfd. 1 Wasser, von 5980 Pfd. 1 Wasser, von 5990 Pfd. 1 Wasser, von 6000 Pfd. 1 Wasser, von 6010 Pfd. 1 Wasser, von 6020 Pfd. 1 Wasser, von 6030 Pfd. 1 Wasser, von 6040 Pfd. 1 Wasser, von 6050 Pfd. 1 Wasser, von 6060 Pfd. 1 Wasser, von 6070 Pfd. 1 Wasser, von 6080 Pfd. 1 Wasser, von 6090 Pfd. 1 Wasser, von 6100 Pfd. 1 Wasser, von 6110 Pfd. 1 Wasser, von 6120 Pfd. 1 Wasser, von 6130 Pfd. 1 Wasser, von 6140 Pfd. 1 Wasser, von 6150 Pfd. 1 Wasser, von 6160 Pfd. 1 Wasser, von 6170 Pfd. 1 Wasser, von 6180 Pfd. 1 Wasser, von 6190 Pfd. 1 Wasser, von 6200 Pfd. 1 Wasser, von 6210 Pfd. 1 Wasser, von 6220 Pfd. 1 Wasser, von 6230 Pfd. 1 Wasser, von 6240 Pfd. 1 Wasser, von 6250 Pfd. 1 Wasser, von 6260 Pfd. 1 Wasser, von 6270 Pfd. 1 Wasser, von 6280 Pfd. 1 Wasser, von 6290 Pfd. 1 Wasser, von 6300 Pfd. 1 Wasser, von 6310 Pfd. 1 Wasser, von 6320 Pfd. 1 Wasser, von 6330 Pfd. 1 Wasser, von 6340 Pfd. 1 Wasser, von 6350 Pfd. 1 Wasser, von 6360 Pfd. 1 Wasser, von 6370 Pfd. 1 Wasser, von 6380 Pfd. 1 Wasser, von 6390 Pfd. 1 Wasser, von 6400 Pfd. 1 Wasser, von 6410 Pfd. 1 Wasser, von 6420 Pfd. 1 Wasser, von 6430 Pfd. 1 Wasser, von 6440 Pfd. 1 Wasser, von 6450 Pfd. 1 Wasser, von 6460 Pfd. 1 Wasser, von 6470 Pfd. 1 Wasser, von 6480 Pfd. 1 Wasser, von 6490 Pfd. 1 Wasser, von 6500 Pfd. 1 Wasser, von 6510 Pfd. 1 Wasser, von 6520 Pfd. 1 Wasser, von 6530 Pfd. 1 Wasser, von 6540 Pfd. 1 Wasser, von 6550 Pfd. 1 Wasser, von 6560 Pfd. 1 Wasser, von 6570 Pfd. 1 Wasser, von 6580 Pfd. 1 Wasser, von 6590 Pfd. 1 Wasser, von 6600 Pfd. 1 Wasser, von 6610 Pfd. 1 Wasser, von 6620 Pfd. 1 Wasser, von 6630 Pfd. 1 Wasser, von 6640 Pfd. 1 Wasser, von 6650 Pfd. 1 Wasser, von 6660 Pfd. 1 Wasser, von 6670 Pfd. 1 Wasser, von 6680 Pfd. 1 Wasser, von 6690 Pfd. 1 Wasser, von 6700 Pfd. 1 Wasser, von 6710 Pfd. 1 Wasser, von 6720 Pfd. 1 Wasser, von 6730 Pfd. 1 Wasser, von 67

## Zur Privatangestellten-Versicherung.

Der Wahlkampf der Angestellten zu den Vertrauensmännern- und Ersahmännerwahlen für die Angestelltenversicherung beschäftigt zurzeit die Öffentlichkeit in hohem Maße. Zum Verständnis der Forderungen der sich gegenüberliegenden Parteien ist die Kenntnis der Entstehungsgeschichte der Angestelltenversicherung unerlässlich. Ueber 20 Jahre lang entfaltete die allgemeine Invalidenversicherung ihr segensreiches Wirken für den Arbeiter und auch für die weiten Kreise der Angestellten, deren Jahreseinkommen unter 2000 Mark jährlich liegt, fiel doch beispielsweise nach der Erhebung des Deutschen nationalen Handlungsgehilfenverbandes am 22. März 1908 das Einkommen von mehr als 1/4, nämlich 75,09 %, der besagten Handlungsgehilfen unter diese Grenze, ehe für die Gesamtheit der Angestellten eine ähnliche soziale Versicherung in greifbarer Nähe gerückt wurde.

Als den Beginn der zweckbewußten Bewegung innerhalb der deutschen Angestelltenchaft für eine Pensions- und Hinterbliebenenversicherung muß man das Erscheinen des österreichischen Pensionsversicherungsgesetzentwurfes im Juli 1901 betrachten. Vereinzelt Kundgebungen waren ja schon vorhergegangen, doch waren sie nicht von der Gesamtheit der Angestellten getragen und erreichten so der einheitlichen Durchschlagkraft.

Der erste bedeutungsvolle Schritt war der Zusammenschluß einer großen Anzahl von Privatangestelltenverbänden zu einem „Hauptausschuß für die Pensionsversicherung der Privatbeamten auf staatlicher Grundlage“, dem der Deutschen nationale Handlungsgehilfenverband Hamburg, der Verband Deutscher Handlungsgehilfen Leipzig, der Deutsche Technikerverband Berlin, der Deutsche Werkmeisterverband Düsseldorf und der Verband der Deutschen Gruben- und Fabrikbeamten Dortmund sofort beitraten. Es wurden Leitfäden angenommen, von denen der erste „eine besondere Rassen-einrichtung gemäß § 10 des Invalidenversicherungsgesetzes“ verlangte, trotzdem das soziale Versicherungsbedürfnis, wie schon die Teilnahme der Angestellten an der Invalidenversicherung zeigt, ein gleichwertiges ist.

Nur der Deutsche Werkmeisterverband nahm unter den dem Hauptausschuß angeschlossenen Berufsvereinen damals eine abweichende Stellung ein. Er hatte bereits im Jahre 1901 in einer Eingabe an den Bundesrat den Ausbau der bestehenden Versicherung durch den Aufbau höherer Versicherungsklassen verlangt.

Diese Forderung wurde dann vor allem von den modernen Angestelltenorganisationen aufgenommen. Schon auf seiner ersten Generalversammlung Ende März 1905 schloß sich der „Bund der technisch-industriellen Beamten“ diesem Vorschlage an.

Im Oktober 1908 wurde von den Organisationen im Einverständnis mit dem Reichsamt des Innern eine statistische Erhebung durchgeführt, die dem Reichsamt des Innern zur weiteren Bearbeitung übergeben wurde. Der Niederschlag dieser Bearbeitung war eine Denkschrift, die dem Reichstage unter dem 14. März 1907 zugeing. Sie enthielt die Berechnung der Kosten einer Pensionsversicherung, wenn, wie es anfänglich gefordert war, die Pensionen der Privatangestellten denen der Reichs- und Staatsbeamten gleichkommen sollten. Die

Beiträge erwiesen sich als viel zu hoch. Am 9. Juli 1907 befaßte sich der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband mit dieser Denkschrift und brachte Vorschläge heraus, in denen das Maß der Versicherung eingeschränkt wurde. Der schöne Traum von den „Pensionen wie für Staatsbeamte war vorbei! Am 16. November tat der Hauptausschuß das Gleiche und fand mit seinen Beisitzern auch die Zustimmung des Privatangestellten-tages in Frankfurt.

Die fortschrittlich gerichteten Verbände, voran der Bund der technisch-industriellen Beamten, der Verein der Deutschen Kaufleute und eine Anzahl kaufmännischer und technischer Vereine, die dem Hauptausschuße beigetreten waren in der Hoffnung, dem zweifellos gesunden Gedanken eines Ausbaues der Invalidenversicherung dort breiteren Boden verschaffen zu können, zogen es nach dem Frankfurter Privatbeamten-tage vor, aus dem Hauptausschuße auszutreten, zumal der verfassunglose Zustand im Hauptausschuße es Minderheiten unmöglich machte, wenigstens eine geordnete Beratung ihrer Vorschläge zu erzwingen; hatte man doch sogar der Minderheit verboten, ihre entgegenstehende Auffassung in der Presse zu diskutieren! Die Verbände der Minderheit schlossen sich zusammen zu der „Freien Vereinigung für die Pensionsversicherung der Privatangestellten“, um im Gegensatz zum Hauptausschuße grundsätzlich für die Lösung der Privatbeamtenversicherung durch den Ausbau der Invalidenversicherung einzutreten.

Auf die Kritik aus den Kreisen der Beteiligten zur ersten Denkschrift antwortete die Regierung mit einer zweiten Denkschrift, die dem Reichstage unter dem 11. Juli 1908 zugeleitet wurde. Sie sah die Durchführung der Angestelltenversicherung in einer ergänzend neben die Invalidenversicherung gesetzten Sonderklasse unter Zugrundelegung eines Durchschnittsbetrages von 8 % des Jahresarbeitsverdienstes vor. Der Hauptausschuß besprach diesen Vorschlag auf seiner Tagung am 21. und 22. November 1908 in Berlin und begrüßte ihn als eine geeignete Grundlage zu der Angestelltenversicherung. Die Freie Vereinigung lehnte ihn ab und blieb auf dem Ausbaugedanken bestehen. Der Reichstag, der sich wiederholt mit der Denkschrift befaßte, stimmte ihr im wesentlichen zu und drängte auf die Ausarbeitung eines endgültigen Gesetzentwurfes. Endlich, am 16. Januar 1911, gelangte er im Reichsanzeiger zur Veröffentlichung. Er war auf der Grundlage der zweiten Denkschrift aufgebaut. Schon am 27. und 28. Januar nahm die „Siebener-Kommission“ des Hauptausschusses Stellung zu dem Entwurf, stimmte ihm im Prinzip zu. Die Freie Vereinigung dagegen konnte ihre prinzipiellen Bedenken nicht aufgeben. Da jedoch die politische Konstellation die Annahme des Gesetzes durch den Reichstag als gesichert erscheinen ließ, unterbreitete die Freie Vereinigung dem Reichstage Abänderungsvorschläge, die wenigstens eine spätere Vereinheitlichung mit RVO. ermöglichen sollten und die vor allem die Hinterbliebenenfürsorge in durchaus möglichen Grenzen gesunder gestalten und die Selbstverwaltung sichern wollten.

Alle Kritik gegen den Entwurf blieb jedoch im wesentlichen ohne Einfluß auf die Haltung der Regierung. Der Hauptausschuß, der befürchtete, daß die Zusammensetzung des neuen Reichstages ihm weniger günstig sein könne, ließ seine Abänderungsanträge bald fallen. Der Reichstag selbst verabschiedete den ihm am 20. Mai zugegangenen Entwurf in drei äußerst raschen

Lesungen am 5. Dezember 1911. Durch die Ueberstürzung der parlamentarischen Verhandlung des Gesetzes sind, abgesehen von seinen grundsätzlichen Fehlern, auch sonst allerlei Mängel im Gesetz stehen geblieben.

In dem Wahlkampfe um die Vertrauens- und Ersahmänner handelt es sich nur darum, Männer in die Selbstverwaltungskörperschaften zu entsenden, die nicht zu allem, was so Gesetz geworden ist, Ja und Amen sagen, sondern für eine Fortentwicklung des Gesetzes und für Schaffung einer wirklichen Selbstverwaltung eintreten. Damit lehnen Endes eine Vereinheitlichung, und damit Verbilligung unserer gesamten sozialen Versicherung auch im Interesse der Gesamtheit erreicht wird.

## Die Teuerung.

In einer massenhaft besuchten Versammlung der Beamten von Groß-Berlin, die am Sonntag in der Hafenhalle tagte, wies der Oberpostassistent Bornemann auf die mißliche Lage hin, in welche die Unterbeamten ganz besonders durch die Teuerung gekommen sind. In einer einstimmig angenommenen Resolution wird zum Ausdruck gebracht:

Die seit einer Reihe von Jahren in aufsteigender Linie sich bewegenden Preise für alle zum Lebensunterhalt notwendigen Bedürfnisse, insbesondere aber die abnorme Steigerung der Preise aller Lebensmittel, haben zu schweren wirtschaftlichen Schädigungen der Festbesoldeten geführt, die diese Kreise um so härter treffen, als ihnen ein entsprechender Ausgleich durch ihr festgelegtes Einkommen nicht geschaffen ist.

Es wird dann eine Umgestaltung der gesamten Wirtschaftspolitik verlangt, die auch den festbesoldeten Schichten der Bevölkerung eine angemessene Lebenshaltung ermöglichen müsse. Die schnelle Genehmigung von Notstandsmaßnahmen wird gefordert, um der dringenden Not zu steuern.

Der Gemeinderat in Meß bewilligte 40 000 Mk., die zum Einkauf von frischem Fleisch und lebendem Vieh aus Holland bestimmt sind.

Wie schon im Vorjahre, so beschloß auch in seiner letzten Sitzung der Arbeiterausschuß der Firma Carl Zeiß in Jena den Bezug von dänischem Fleisch. Die beiden Firmen Zeiß und Schott haben daraufhin größere Bestellungen von Fleisch in Dänemark aufgegeben. Die erste Sendung von 13 Ochsen und 7 Ferkeln, junges irisches Fleisch, ist bereits in Jena eingetroffen und wird an die Geschäftsangehörigen der beiden Firmen verkauft. Die Verkaufspreise sind infolge der starken Nachfrage nach Vieh in Dänemark beträchtlich höher als im Vorjahre. Es werden abgegeben: das Rindfleisch für 80 Pfg., Bratenfleisch mit Beilage 85 Pfg., ohne Beilage 1 Mk., Gehacktes 90 Pfg., Lenden ohne Beilage ausgehälft 1,40 Mark, Kalb 60 Pfg. und Knochen 20 Pfg.

Die Landwirtschaftliche Provinzial-Genossenschaftskasse für Brandenburg, die 600 Genossenschaften mit 40 000 Mitgliedern umfaßt, hat zur Erörterung der Frage einer Ermäßigung der Fleischpreise durch Mitwirkung des Genossenschaftswesens an 28 Magistrate und Fleischerinnungen von märkischen Städten Einladungen ergehen lassen, auf welche die meisten Städte und ebenso auch einige Fleischerinnungen ihre Bereitwilligkeit zur Teilnahme an den Beratungen, die demnächst beginnen, erklärt haben.

## Ein Deutscher.

Roman von Otto Ruppis.

(40. Fortsetzung.)

Reichardt sah noch eine geraume Weile, ehe er die Gedanken ganz seiner Arbeit wieder zuwenden konnte; es war ihm, als habe er durch Bells wenige Worte einen tieferen Blick in die Verhältnisse des Großhändlers Hauses getan, als ihm dies auf anderem Wege möglich geworden; kaum vermochte er sich ein anprechenderes Verhältnis zwischen Vater und Sohn zu denken, als der Kassierer es mit einem Zuge hingestellt hatte, und dessen weiter ausgesprochene Befürchtungen erschienen ihm, wie er John kannte, fast nur als die Ergebnisse eines halb verkrüppelten griesgrämigen Herzens; hätte er es doch jetzt allein übernehmen mögen, den jungen Mann ganz vom Spielisch wegzuhalten. Damit aber kam die Erinnerung an Bells Einladung, die er sich ohne eine bestimmte Absicht des Letzteren nicht denken konnte, bis er sich endlich aller fremden Gedanken mit Macht entschlug und seine Aufmerksamkeit den vor ihm liegenden Büchern zuwandte. Der Kassierer aber schien während seiner Arbeiten die Tür zu des Chefs Zimmer nicht aus dem Auge zu lassen; es war fast schon eine Stunde verfloßen, seit Vater und Sohn betend waren, und mit jeder neuen Viertelstunde schienen sich eine größere Befriedigung auf Bells Gesicht zu lagern.

„Hoffentlich schlägt einmal die Vernunft durch!“ sagte er soeben als sich die Tür öffnete und John in seiner gewöhnlichen leichten Haltung aus seines Vaters Zimmer trat.

„Mr. Bell,“ sagte er mit einem eigentümlichen Lächeln, „hier ist Mr. Reichardt, der mich gestern Abend vor einer ganz unangenehmen Klemme bewahrt hat, einer Klemme, die für ihn selbst die unangenehmsten Folgen hätte haben können, so ungeschuldig er auch dabei war. Ich habe gar nichts dawider, Sir, daß Sie auf mich keine Rücksicht nehmen, daß Ihnen selbst mein Name so wenig gilt, daß Sie ihn in die Berichte des Polizeigerichts aufgenommen zu sehen wünschen; aber Sie hätten Schonung gegen einen jungen Mann üben sollen, von dem Sie wußten, daß er nur in meinem Auftrage handelte, und dessen Zukunft Sie mit dem einzigen Streiche, welchen Sie ausführten, vernichten mußten. — Bell, Freund Reichardt,“ wandte er sich an den Deutschen, „ich denke, wir werden in eine ähnliche Gefahr nicht wieder geraten; die Lehre, welche uns Mr. Bell zu gehen gedachte, war sicherlich gut gemeint, wenn auch herber, als sich sonst mit der christlichen Liebe verträgt.“ Er wachte den jungen Mann zu

und verschwand in dem vorderen Zimmer. Mr. Bell blinnte, den Kopf hoch aufrichtet, blaß und hart vor sich hin; Reichardt aber sah plötzlich den Gedanken bestärkt, welcher ihm schon vorher gekommen, daß der Kassierer es gewesen sei, welcher die Aufhebung des Spielzimmers veranlaßt hatte, und das Nachfolgende gab ihm die völlige Gewißheit.

„Ich weiß nicht,“ begann der Kassierer nach einer kurzen Pause steif, „wodurch der junge Mann zu einer Annahme, wie der ausgesprochenen, berechtigt ist; es fällt mir aber auch gar nicht ein, eine Tat zu leugnen, die für jeden gewissenhaften Menschen in meiner Stellung zur Gewissenspflicht wird, sobald er den Verberb dessen, was ihm zum großen Teile anvertraut ist, vor Augen sieht. Ich habe beobachtet monatelang, ich bin selbst zum öfteren in diesem Lokale gewesen, in welchem die reichen jungen Leute zu künftigen Bankrottiers vorbereitet und die ärmeren zu Betrügnern an ihren Prinzipalen, zu Fälschern und Zuchthaus-Kandidaten gemacht werden; ich habe dennoch nicht eher etwas tun mögen, bis ich sah, daß eine junge Seele, die mir nahe stand, von welcher sich so manches Gute erwarten ließ, in den allgemeinen Kanal zum Verderben hineingezogen werden sollte — yes, Sir!“ fuhr er mit Selbstbewußtsein fort, „ich bin es gewesen, welcher der Polizei die Angaben über die Vorgänge im Altorhause gemacht und ein energisches Einschreiten gefordert hat; Sie haben sich selbst vor den Folgen bewahrt, und ich habe mich mehr darüber gefreut, Sir, als Sie selbst wissen können; aber auch im andern Falle würde ich dafür gefordert haben, daß Sie von der Rektion nicht weiter als notwendig betroffen worden wären.“

Reichardt fühlte eine Art Mitleiden mit dem Manne, der plötzlich in die Lage veretzt war, sich gegen ihn rechtfertigen zu müssen; zugleich aber lehnte sich auch sein Stolz gegen diese heimliche Bevormundung, welche sich ihm plötzlich zeigte, auf. „Ich habe keine Verantwortung Ihrerseits gefordert, Mr. Bell, und Sie mögen in jeder Beziehung Ihrem Gewissen nach gehandelt haben,“ sagte er in einem Tone voller Bescheidenheit, „ich möchte nur, daß Sie daran gedacht hätten, wie wenig der Mensch das Schicksal eines andern Menschen in der Hand hat. Glauben Sie denn wirklich, ich hätte wieder einen Fuß auf meinen jetzigen Platz, der mir mit so viel Vertrauen übergeben worden, gesetzt, wenn ich in einer Weise kompromittiert war, wie es hätte geschehen können? Glauben Sie mir, Mr. Bell, der Mensch soll nie Vorhänge spielen wollen.“

Ein eigentümliches Mienenenspiel begann jetzt in dem Gesicht des Amerikaners, bis seine Züge nach und nach fast den Charakter einer Art von Verächtlichkeit annahm. „Sie

haben recht, junger Mann, Sie haben nur zu recht, der Mensch überhebt sich nur zu leicht und er soll sich nicht schämen, es einzugehen. Wir werden aber darüber noch mehr sprechen. Ich hoffe, Sir, Sie werden mir doch die Freude machen, das Mittagbrot mit mir zu teilen.“

„Ich habe durchaus keinen Grund, warum ich es nicht sollte, Sir!“

„Danke Ihnen, Sir,“ war die Antwort, mit welcher sich der Kassierer sichtlich zufriedener seiner Arbeit wieder zuwandte.

Fast wortlos hatte am Mittage Bell den jungen Deutschen seiner Wohnung zugeführt, und der Letztere, welcher der sonderbaren Haltung seines Vorgesetzten gegenüber kaum wußte, welchen Ton er anschlagen sollte, fühlte sich erleichtert, als er sich sogleich nach dem Speisezimmer an den wartenden Mittagstisch geführt sah. „Ich bringe meinen jungen, aber würdigen Freund Reichardt, dem wir gestern Abend großes Unrecht getan, als Gast mit,“ sagte der Kassierer zu der harrenden Lady, „und ich denke, er wird uns auch in der Zukunft danken und wann seine Gegenwart schenken!“ Reichardt verbeugte sich leicht, wenn ihm auch die ausgesprochene Hoffnung etwas wunderlich vorkam, und haschte nur im Fluge einen Blick der Wirtin, der bei Bells Worten wunderbar aufleuchtete war. Der Kassierer wies dem jungen Mann seinen Platz an, wie auch seine ganze übrige Weise viel mehr die des Hausherrn als die eines einfachen Kostgängers war, und nötigte seinen Gast, nach Beendigung des schweißigen, nur von den nötigsten Worten unterbrochenen Mahls, ihm nach dem Parlor zu einem Plaze am Kaminfeuer zu folgen.

„Ich will von dem, was geschehen ist, nichts mehr erwähnen, Sir,“ begann Bell hier, sich langsam durch das dicke, grau gemischte Haar fahrend, während Reichardt gespannt des Kommenden harnte. „Hätte ich vielleicht auch nicht mit Bedacht genug gehandelt, so werden Sie doch vielleicht heraus gefühlt haben, daß mich eine Teilnahme für Sie dazu leitete, die sich leicht verstehen läßt, wenn auch Ihnen selbst die Gründe dafür noch nicht ganz klar sein mögen. Sie sind mit Liebe Kaufmann, sonst hätten Sie wohl Mr. Augustus Frosts Interesse für Sie in anderer, augenblicklich gewinnbringender Weise bemerkt — Sie haben sich nicht den übrigen jungen Leuten im Geschäft und deren oft wenig empfehlenswerten Vergnügungen angeschlossen, und ich habe Sie sogar schon zweimal in unserer Episcopalkirche gesehen — Sie haben sich Ihren Arbeiten mit allem Eifer und trotz Ihrer Leistungen mit einer Bescheidenheit unterzogen, die Leuten in meiner Stellung wohl tut — und was ich von Ihrem übrigen Leben weiß, hat mir ebenso gezeigt, daß Sie anders sind, als man es von unseren Clerks gewöhnlich schloß.“

Der Vorstand des Deutschen Städtetages tagte am Montag unter dem Vorsitz des Berliner Oberbürgermeisters Dr. Wermuth in Köln. In der Fleischteuerungstage wurde zu den Maßnahmen der Regierungen folgender Beschluß gefaßt: 1. Der Vorstand kann es nicht als die Aufgabe der deutschen Städte ansehen, dauernd in die Preisgestaltung der Nahrungsmittel einzugreifen und Mängel der Wirtschaftspolitik durch kommunale Maßregeln auszugleichen. 2. Der Vorstand nimmt an, daß die deutschen Städte unter Wahrung des vorstehend ausgeprägten grundsätzlichen Standpunktes und in Würdigung der vielerorts herrschenden Notlage geneigt sein werden, auf dem Boden der inzwischen von der preussischen Staatsregierung beschlossenen und von den anderen Bundesregierungen vorwiegend gleichartig zu treffenden Maßnahmen eine Abschwächung der zurzeit herrschenden Fleischteuerung zu versuchen. Nach den bisher vorliegenden Erfahrungen und Informationen glaubt der Vorstand allerdings einen durchschlagenden Erfolg dieser Bemühungen bezweifeln zu müssen. 3. Unter Hinweis auf die Berücksichtigung beschließt der Vorstand, in einer erneuten Petition an den Herrn Reichskanzler darauf hinzuweisen, daß nach Ansicht des Vorstandes die notwendige dauernde Entlastung des Fleischmarktes nur von der Einführung von Gefrierfleisch und damit von einer Aufhebung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes zu erhoffen steht. 4. Der Vorstand wird in Kürze nochmals zusammentreten, um über den Erfolg der bisherigen Maßregeln und etwaige weitere Maßnahmen zu beraten.

In Dresden fanden am Sonntag drei Volksversammlungen statt, die sehr zahlreich besucht waren und sich mit den ungenügenden Maßnahmen der Reichsregierung gegen die Teuerung befaßten. In einer Versammlung war auch eine bürgerliche Frau anwesend, die sich besonders über die schlimmen Verhältnisse in den Beamtenfamilien aussprach und versicherte, daß viele bürgerliche Frauen und Familien über die Teuerungsmaßnahmen genau so dächten wie die Sozialdemokratie. — Die Polizei war in großen Massen aufgetreten, trotzdem verliefen die Versammlungen friedlich.

### Der Maiaufstand des Budapester Proletariats vor Gericht.

Aus Budapest wird uns zu dem neuesten Justizstreik noch geschrieben: Es ist bekannt, daß die sozialdemokratische Arbeiterschaft von Budapest am 23. Mai, an dem Tage, an welchem der Graf Tisza zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses gewählt wurde, in den Generalstreik trat, und beschloß, vor das Parlament zu ziehen. Der politische Instinkt der Arbeiter jagte ihnen, daß mit dieser Bestreikung der Präsidentenwürde durch den Grafen Tisza der entscheidende Schlag gegen die Obstruktion und gegen die demokratische Wahlreform geplant wurde. Die späteren Ereignisse bewiesen, wie richtig die Arbeiterschaft die politische Lage beurteilte. Obwohl Polizei und Militär in Massen aufgetreten wurde, konnte die Arbeiterschaft nicht eingeschüchert und von ihrem Vorhaben, vor das Parlament zu ziehen, nicht abgebracht werden. Budapest war der Schauplatz von wahren Straßenkämpfen, wobei es Tote, Verwundete und auch Verwütungen von Tramwaywagen, Gaslaternen, Fensterscheiben und dergleichen mehr gab. Die Polizei, die sich den Arbeitern gegenüber am Streiktag ganz ohnmächtig erwies, wollte die durch ihre Unbeholfenheit erlittene Scharte ausweizen und fürchterliche Rache nehmen. Sie ließ durch ihre Agenten aufs Geratewohl Arbeiter zu Hunderten verhaften und trachtete, durch Mißhandlungen barbarischer Art ein Belästigungsmaterial nicht nur gegen die Demonstranten, sondern hauptsächlich gegen die sozialdemokratische Parteileitung und gegen die Gewerkschaften aufzutreiben. Die Polizei wollte

die Beweise für eine Anklage wegen Aufruhrs herbeischaffen und Geständnisse dafür liefern, daß die Arbeiter in den Lokalen der Gewerkschaften mit Schießwaffen versehen wurden. Die Inhaftierten wurden von den Polizisten auf die ärgste Weise mißhandelt, aber das gewünschte Material konnte auch auf die niederträchtigste Art nicht zusammengebracht werden. Im Laufe der Untersuchung gab sich die Polizei die größten Blößen. Es wurde am 23. Mai ein berittener Polizist namens Richter unweit des Parlaments erschossen. Die Polizei verhaftete darauf den Tischlergehilfen Majoros, der einen Revolver bei sich führte; sie beschuldigte ihn, den Veritonen niedergeschossen zu haben, und wollten ihn zu der Erklärung zwingen, daß er den Revolver im Fachverein der Tischler von einem Beamten erhalten habe. Im Laufe der Untersuchung stellte es sich heraus, daß Majoros nie Mitglied des Fachvereins war, und daß der Veritene Polizist nicht von einem Demonstranten, sondern von einem, die Demonstranten verfolgenden Geheimpolizisten namens Angyal getötet wurde! Die Polizei hat ebenso wenig Glück mit ihrem Vorhaben, der sozialdemokratischen Parteileitung einen Prozeß wegen Aufruhrs anzuhängen; das Gericht mußte sich deshalb mit Verurteilungen milderer Art begnügen. Die Staatsanwaltschaft erhob gegen 200 Demonstranten die Anklage wegen Gewalttätigkeit gegen die Behörden und gegen Private. Die Angeklagten wurden in vier Gruppen geteilt und die Verhandlung gegen die 43 Angeklagte fassende erste Gruppe fand, wie mitgeteilt, vom 30. September bis 3. Oktober vor dem Budapester Strafgericht statt. Zum eigentlichen Angeklagten im Prozeß wurde freilich die Polizei, deren barbarische, vor körperlicher Züchtigung und Mißhandlung nicht zurückschreckende Untersuchungsmethode und gänzliche Unfähigkeit, die wahren Täter zu erfassen, an den Pranger gestellt wurde. Noch im Laufe des Prozesses mußte der Staatsanwalt die Anklage gegen 5 Angeklagte fallen lassen, 12 sprach das Gericht frei — unter ihnen befanden sich 2, die vier Monate in Untersuchungshaft gesessen. — Und gegen die übrigen wurde auf Gefängnisstrafe von 1—7 Monaten erkannt. Ein Angeklagter namens Jetics wurde wegen des Verbrechens der Gewalttätigkeit gegen Private und Behörden, und wegen Verbrechens des Diebstahls zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Er gehört mit noch einigen Angeklagten zu jenen Lumpenproletariern, die sich der demonstrierenden Menge angeschlossen haben, um dort ihr unsaubereres Handwerk treiben zu können. Das Urteil ist aber auch gegen ihn unmensächlich scharf, denn der begangene Diebstahl bestand lediglich darin, daß er ein mit vier Fassern beladenes Fuhrwerk angriff und das Bier mit seinen Genossen anstrank. Die Verhandlung gegen die zweite Gruppe, die 39 Angeklagte umfaßt, wird am 14. Oktober, die Verhandlung gegen die 40 Angeklagte umfassende dritte Gruppe am 28. Oktober stattfinden. Gegen 80 Angeklagte ist die Untersuchung noch im Gange.

### Aus der Partei.

Staatsaktion gegen die oppositionelle Presse. Auf Grund des § 130 des Str.-G.-B. ist gegen unter Waldenburg Partei, die „Schlesische Bergmacht“, Anklage erhoben worden. Der angezogene Paragraf stellt unter Strafe das öffentliche Anreizen verschiedener Bevölkerungsklassen zu Gewalttätigkeiten. Dieser Tatbestand wird in einem Artikel gefunden, der sich mit der Teuerung und den allgemeinen politischen und den gesellschaftlichen Verhältnissen in unserem Vaterlande beschäftigt. In dem Artikel wird der Regierung vorgeworfen, daß sie das Volk unter einem skrupellosen Steuersystem auspreisse, es stellenweise der Verelendung entgegenführe und mit den so gewonnenen Steuergeldern den Militarismus und einzelne bevorrechtigte Klassen im Staate unterhalte. Den Arbeitern werde das gesetzlich gewährleistete Streikrecht geraubt und ihnen mit brutalen militärischen Machtmitteln gedroht. Auf diese Weise aber tragen die Regierung und die herrschenden

Klassen das meiste zur Schärfung der Klassengegensätze bei und die Folge müsse nicht nur eine Schärfung des Klassenkampfes, sondern auch eine Schärfung des revolutionären Willens der Massen sein, die Zustände zu ändern. Am Schluß des Artikels werden die Arbeiter aufgefordert, nun auch ihrerseits alles daran zu setzen, um in den Köpfen der uns noch fernstehenden Proletarier das revolutionäre Bewußtsein und den Willen zur Besserstellung der Verhältnisse zu wecken. — Das, was hier gesagt worden ist, ist doch schon so oft beklundet worden, ohne daß ein Staatsanwalt einschritt. Wenn hier schon in der „Revolutionierung der Köpfe“ eine Aufreizung zu Gewalttätigkeiten erblickt wird, so ist das charakteristisch für unsere Rechtslosigkeit und Meinungslosigkeit. Es scheint, daß man wegen der Ausmaßlosigkeit einer neuen Umsturzvorlage es mit dem gemeinen Recht versuchen will.

### Die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1911.

Das Bestreben der Arbeiterschaft, durch Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen eine höhere Lebenslage und damit zugleich auch einen größeren Anteil an den geistigen Lebensbedürfnissen zu gewinnen, ist die Ursache der wirtschaftlichen Kämpfe. Es ist deshalb wichtig zu wissen, welche Erfolge das kraftvolle Ringen der Arbeiterklasse mit dem Unternehmertum erzielt hat. Durch die gesamten Bewegungen haben 1911 erreicht: 293 316 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von zusammen 760 594 Stunden pro Woche und 592 066 Personen eine Lohnerhöhung von insgesamt 1 058 594 Mark pro Woche; außerdem wurden noch für 393 618 Personen sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen erzielt. Abgewehrt wurde: Für 4350 Personen eine Arbeitszeitverlängerung von 19 127 Stunden, eine Lohnkürzung für 15 648 Personen von insgesamt 26 344 Mark pro Woche und sonstige Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen für 37 941 Personen. Der größte Anteil der Errungenschaften entfällt auf die Bewegung ohne Arbeitseinstellung. Es wurde bei dieser erreicht: Für 207 583 Personen = 70,8 Proz. eine Arbeitszeitverkürzung von 534 984 Stunden und für 469 009 Personen = 79,2 Proz. eine Lohnerhöhung von 799 063 Mk. pro Woche. Dagegen haben bei den Arbeitskämpfen erreicht: 85 733 Personen = 29,2 Proz. eine Arbeitszeitverkürzung von 225 610 Stunden und 123 057 Personen = 20,8 Proz. eine Lohnerhöhung von 239 531 Mark pro Woche.

Die Feststellungen über die Resultate der Bewegungen erfolgen seit dem Jahre 1905. Soweit dabei die Erfolge bezüglich Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnerhöhung in Frage kommen, gewähren die 7 Berichtsjahre folgendes Bild:

Es erreichten:	
Arbeitszeitverkürzung:	
1905	183 658 Pers. auf 686 137 Std. pro Woche
1906	337 441 " " 1 238 725 " " "
1907	245 695 " " 900 739 " " "
1908	59 324 " " 183 751 " " "
1909	66 794 " " 215 813 " " "
1910	344 570 " " 756 564 " " "
1911	293 316 " " 760 594 " " "
Lohnerhöhung:	
1905	412 231 Pers. auf 857 524 Mk. pro Woche
1906	684 157 " " 1 271 208 " " "
1907	497 963 " " 955 871 " " "
1908	236 641 " " 365 923 " " "
1909	243 400 " " 429 744 " " "
1910	827 627 " " 1 815 537 " " "
1911	592 066 " " 1 058 594 " " "

Eine Summierung dieser Ziffern würde deren Eindruck wesentlich erhöhen, aber kein richtiges Bild geben. Es wird sich vielfach um dieselben Personen handeln, die in den einzelnen Jahren Lohnerhöhungen oder Arbeitszeitverkürzungen erreichten. Schon für die einzelnen Jahre sind Doppelzählungen vorhanden, weil diejenigen, die

gewohnt ist. Ich habe aber ebenso gut gewußt, Sir, daß man in Ihrem Alter, bei allen guten Anlagen, kein Engel ist, daß man weiß, daß in reiferen Jahren nach manchem Ringen und Kämpfen zu dem inneren Halt gelangt, auf welchen der Mensch allein sich verlassen kann; ich wußte, daß die Berufung an Sie herantreten und vielleicht alles zugrunde richten würde, was bis jetzt meine Teilnahme für Sie gewesen, was Ihnen einen Weg für Ihre Zukunft eröffnen konnte, und ich sah mit Sorge, wie John Ihnen seine besondere Aufmerksamkeit schenkte. Es ist ein junger Mann mit vielen nützlichen Eigenschaften; aber in seinen Verhältnissen, die kaum eine Hilfe oder einen Kampf von ihm fordern, scheinen die Hilfspflanzen am äppigsten an. Well, Sir, Sie sind nicht der erste Berufung erliegen, wie ich fürchte, aber nichts kann Ihnen eine Sicherheit für die Zukunft geben — Sie kennen die mannigfachen Verhältnisse nicht, in welche Sie ganz naturgemäß geraten müssen, sobald Sie mit Ihrer jetzigen Stellung völlig vertraut sein und sich nach Abwechslung und Zerstreuung sehen werden — und so, wenn Sie aus einem ruhigen, ungehinderten Fortwärtsgang liegen, hören Sie einen Bericht, den ich Ihnen, ohne den geringsten Vorfall, erst später gemacht haben würde — werden Sie Mitglied unserer Kirche, Sir? Der wichtige Punkt, welchen Sie in sich haben, wird dadurch den Halt bekommen, ohne den wir Menschen nur einmal nichts sind, als schwaches Rohr im Winde. Außerdem wird es mir nicht allein möglich werden, Sie mit der Zeit in einen Kreis respektabler Familien einzuführen und so Ihr Privatleben angenehmer zu machen — Sie werden auch Ihren ganzen gesellschaftlichen Fortschritt die beste Stütze geben. Einem jungen Mann, der neben geschäftlicher Tätigkeit zu nützlichen Ritten gut angelegene Reize hat, kann es nie fehlen, und ich würde Ihnen schon heute die nahegelegenen Beweise dafür geben können, wenn Sie eine Weile zu den Unseren gehört hätten.

Er hob die bis jetzt geschilderten Aussagen und beglückwünschte Reichards ruhigen Blick, der in dem einen Ausblick zu erblicken schien, welcher ihn in seiner Rede inne halten ließ. „Sie würden mir entgegen, Sir?“ fragte er noch einer Pause zögernd.

„Kann Sie zu Ende sein, möchte ich mir wohl zwei Worte erlauben,“ erwiderte der Deutsche und um seinen Mund spielte es wie ein Zug gütwilliger Lippen. „Ich danke Ihnen sehr herzlich für Ihre gute Meinung von mir, obgleich ich mir damit wohl nicht sicher sein kann, Sir? Ich er fürcht, daß ich meine Absichten getreu und noch besser Kräfte weiter tun werde, bei jeder einzelnen Stunde in meiner Religion bester sein und meinem handwerklichen Beruf — alles andere aber haben die Verhältnisse zu gesagt. Ich hätte wohl gern mit einzelnen der Cleric eine persönliche Verbindung

angeknüpft, wenn es sich hätte tun lassen, denn das Alleinsein war mir nichts weniger als angenehm — im übrigen aber hält mich mein angeborener Widerwille von den gewöhnlichen Ausdrucksweisen junger Leute zurück. In der Kirche bin ich der vorzüglichen Orgel und des recht braven Gesanges halber gewesen — ich bin aber auch ein leidenschaftlicher Freund aller andern guten Musik, Mr. Bell, sei sie nun im Konzert oder in der Oper, und wenn ich wohl schon deshalb schon zu einem Kirchenmitglied taugte, so muß ich Ihnen leider bekennen, daß mit auch in jeder andern Beziehung der innere Beruf dafür abgeht — Ich erkenne all die Vorteile, Sir, welche sich mir bieten könnten,“ fuhr er lebhaft fort, als der Kassierer eine leise Handbewegung, wie um ihn zu unterbrechen, machte; „aber es kann doch nichts Traurigeres für einen jungen warmblütigen Menschen geben, als aus reiner Berechnung einen Weg einzuschlagen, zu dem ich nicht eine einzige Regung in meinem Innern treibt, den Heuchler zu machen und den trübsen Jugendmüt sich ablaufen zu lassen. So sehr ich begreife, Mr. Bell, wie Männer von älteren Jahren sich der kirchlichen Richtung zuwenden können, so sehr widers mich doch junge Leute mit frommen Gebärden und stillen Gesichtern an. Da haben Sie alles, wie es in mir lebt, Sir, und habe ich mich vielleicht zu freimütig ausgesprochen, so betrachten Sie es zugleich als Bürgerpflicht, daß Sie mich nicht zu nehmen dürfen, wie ich mich gebe.“

Der Kassierer hatte dem letzten Teile der Rede mit immer feiner gehobenem Kopfe zugehört. „Sie sind ein Deutscher — ich hätte daran denken sollen,“ erwiderte er leise, während ein Zug von Geringschätzung um seinen Mund zuckte; „es wird unter den jungen Deutschen, Turner oder wie sie sonst heißen mögen, überhaupt nichts auf Religion gegeben.“

Reichards Baden juckten sich höher. „Ich habe immer angenommen, Sir, daß Religion und Kirche zwei verschiedene Begriffe sind, und bin ziemlich überzeugt, daß jeder denkende Mensch seine Religion in sich trägt, mag er auch zu keiner Kirche gehören,“ erwiderte er, schüchtern eine leichte Erregung unterdrückend, und meinte Religion, Mr. Bell, wenn sie auch nicht bei jeder Handlung oben auf schwimmt, hat mich bis jetzt noch nicht betrogen. Ich vermisse Ihre Kirche durchaus nicht, Sir, und habe mir meine Gedanken darüber bereits gebildet — bei der unbefangenen Freiheit und Unabhängigkeit, zu welcher die amerikanische Jugend erzogen wird, mag es als notwendiger Zug die zur Berechtigung der Kirche notwendig an ihrem Platz sein. Wir Deutschen oder hier, wenn wir hier herüber kommen, schon so gesagt, daß wir keiner neuen Schärpe bedürfen, um die freundschaftlichen Beziehungen abzugeben — und wenn Sie meine Befriedigung lobten, Sir,“ fuhr er leise, „so mögen Sie sie ruhig eben-

falls nur auf Rechnung des deutschen Charakters schreiben.“

„Ich denke, Sir, im Augenblick haben Sie sich durchaus nicht geniert!“ sagte Bell, die Mundwinkel in die Höhe ziehend. „Es tut mir leid, nicht das für Sie tun zu können, was ich gern möchte,“ fuhr er, sich langsam erhebend, fort, „indessen kann das auf unser jetziges Verhältnis natürlich keinen Einfluß haben.“ Er sah nach der Uhr und wandte sich dann mit einem kalten „ich glaube, es wird Zeit für die Office sein!“ nach seinem Hute. Der Deutsche folgte seinem Beispiele, und beide nahmen in derselben Schweigsamkeit, welche sie hergeleitet, ihren Weg nach dem Geschäftshause wieder zurück.

Das stattgefunden Gespräch hatte wohl nach Bells Ausrufung keinen Einfluß auf das Verhältnis zwischen ihm und Reichardt üben sollen. Dennoch fühlte der letztere schon am demselben Nachmittag, wie ein ganz anderer Geist in dem Kassenzimmer zu wehen begann. Der Kassierer hatte sich immer kalt und gemessen gegen ihn benommen, aber seine Worte waren meist von einer höflichen Freundlichkeit begleitet gewesen. Jetzt indessen sahen sein Gesicht stets von Stein zu werden und ein Laubstoch in seinem Halbe zu stecken. Sobald sich der junge Clerk an ihn zu wenden hatte. Seine zur Verständigung unumgänglich notwendigen Worte aber hätten, um ihren Zweck zu erreichen, nicht um eine Silbe kürzer sein dürfen, und wo sonst die Arbeiten des Deutschen unbeschäftigt beiseite gelegt worden waren, da hatte jetzt Bell überall kleine Ergänzungen und Verbesserungen vorzunehmen. Es waren sämtlich Dinge, über die sich hätte kaum etwas sagen lassen, selbst wenn Reichardt seiner Empfindung darüber hätte Worte geben wollen, und so nahm er sich vor, nichts von dem veränderten Benehmen des Kassierers zu bemerken und ruhig seine Pflicht fort zu tun. Trotzdem aber und wenn er sich auch vordemonstrierte, daß der Alte eben nur Clerk wie er selbst sei, von dem kein Schicksal am wenigsten abhängen konnte, er sich doch eines stillen Drucks, wie die Ahnung eines bevorstehenden Unglücks, nicht erwehren, und erst als gegen Abend der alte Frost durch das Zimmer schritt, bei ihm stehen blieb und mit einem halben Bächeln sagte, er habe gehört, daß Reichardt zu dem morgenden Truthahn eingeladen sei, und es werde ihn freuen, den jungen Mann einmal in seinem Hause zu sehen, ward es wieder völlig hell in seinem Innern. Er warf einen Seitenblick nach dem Kassierer hinüber, der mit dicht zusammengezogenen Brauen in seinen Papieren trauete. Dann aber ließ er den bunten Bildern, wie sie bei dem Gedanken an Margaret und den bevorstehenden Festabend in ihm aufstauten, freien Lauf, und Bell schien jetzt am wenigsten in der Stimmung zu sein, ihn darin zu stören.

(Fortsetzung folgt.)

# Die Klassenjustiz vor Gericht.

Essen, 5. Oktober 1912.

Heute begann vor der Essener Strafkammer unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dittmar der Prozeß gegen den Rechtsanwalt Dr. Levy in Essen wegen Beleidigung des Essener Landgerichts, das nach dem Streik der Ruhrbergarbeiter die Streikvergehen zu ahnden hatte.

Die Vorgeschichte des Prozesses ist bemerkenswert genug, daß in kurzem auf sie auch hier eingegangen werden soll. Am 31. März fand in Essen eine große Gemerchäftsversammlung statt, in der Dr. Rudolf Breitscheid über den Ruhrbergarbeiterstreik und über die Haltung des Gewerkschaftsrates christlicher Bergarbeiter sprach. In der Diskussion nahm Dr. Levy, der politisch der Demokratischen Vereinigung angehört, das Wort, um sich über die Rechtsprechung auszusprechen, wie sie sich aus der Spruchpraxis gegen streikende Bergarbeiter entwickelt hatte. Urteile werden gefällt, die starke Zweifel an der Objektivität der Gerichte im Ruhrbecken aufkommen lassen mußten. Jedenfalls haben die einzelnen Urteile ganz besonders tiefe Erregung in allen Schichten der Bevölkerung hervorgerufen. Diese Urteile waren auch die Veranlassung, daß Levy die Versammlung aufsuchte, um auch seinerseits sich über die Streit-Rechtsprechung auszusprechen.

Die Essener „Arbeiterzeitung“ sowie der „Allgemeine Beobachter“, gleichfalls in Essen, brachten einen Bericht über die Rede Levys, weshalb deren verantwortliche Redakteure ebenso wie Levy unter Anklage gestellt wurden. Die Staatsanwaltschaft hatte herausgefunden, daß sich durch die Ausführungen Levys die Vorstehenden und die beisehenden richterlichen Berater des angegriffenen Gerichts beleidigt fühlen konnten. Sie erhob die Anklage merkwürdigerweise auf Grund des § 185 Str.-G.-B., wodurch eine eingehende Beweisführung unmöglich gemacht wurde, und dann begog sie aus bestimmten Gründen die Beleidigung nur auf das Essener Gericht.

Die heutige Verhandlung ergab folgendes Bild: Zuhörer und die Presse sind zahlreich vertreten; auch eine Reihe Juristen wohnen als Zuhörer der Verhandlung bei. Die Anklage vertritt der Staatsanwalt Clare; als Verteidiger fungiert für Neumann, Redakteur der „Arbeiterzeitung“, Rechtsanwalt Frank-Dortmund, für Dr. Levy Genosse Wolfgang Heine-Berlin. Der Redakteur Schöred vom „Allgemeinen Beobachter“ verteidigt sich selbst. Um 4 Uhr nachmittags wird die Verhandlung eröffnet. Zunächst wird Dr. Levy vernommen. Dieser erklärt sich zu der Anklage wie folgt: Breitscheid hatte sehr scharf über Klassenjustiz gesprochen und den Begriff Klassenjustiz genau erklärt. Ich knüpfte an die Rede an und sagte, daß ich aus meinen Erfahrungen heraus einige Erklärungen geben will. Gegen die Urteile aus § 153, sowie gegen die Rechtsprechung der oberen Verwaltungsgerichtshöfe, die sich immer reaktionärer gestalten, sowie durch die Verletzung des § 193 des Strafgesetzbuches gegenüber den politischen Redakteuren machte ich eine lebhafteste Erregung bemerkbar. Ebenso wurde der „grobe Unfugparagraph“ in unverständlichster Weise angewandt. Bei dem Widerstand gegen die Staatsgewalt genügte es, wenn der Polizeibeamte glaubte, in rechtmäßiger Ausübung seines Amtes gehandelt zu haben. Ich habe auch von der Entscheidung des Kammergerichts gesprochen, die sich im Gegenjah zu höheren Entscheidungen in der Frage der Flugblattverbreitung auf den Standpunkt stellt, daß eine entgeltliche Verteilung vorliege, wenn der Empfänger, nicht bloß der Auftraggeber, etwas für das Blatt zahle. Ich habe daraus den Schluß gezogen, daß das Kammergericht die politische Aufklärung auf der Straße unmöglich machen wolle. Ich kam dann auf die Streitjustiz zu sprechen. Die Unruhe habe sich aus vorerwähnten Gründen kaum gelegt, da werde jetzt durch die Streitjustiz neuer Erregungsstoff in das Volk hineingetragen.

Levy gibt dann sinngemäß seine Ausführungen, die er in der Versammlung gemacht hatte, wieder, und führt in einzelnen noch über die Beschleunigung des Justizverfahrens gegen angeklagte Bergarbeiter an: Es ist den Angeklagten nur eine Erläuterung von 24 Stunden gelassen worden. Die gesetzliche Einlassungsfrist ist nicht eingehalten worden. Das bedeutet eine große Erschwerung nicht nur der Verteidigung, sondern auch für die Wahrnehmung der Rechte der Angeklagten. Verteidiger und Angeklagte hatten kaum Zeit, sich zu verständigen. Den Angeklagten ist ein Revers vorgelegt worden, wonach sie auf die Einhaltung jener Fristen verzichten sollten. In einem Fall war sogar gesagt: Wenn der Angeklagte sich nicht erklärt, würde sein Verzicht einfach angenommen werden. Höhere Justizbeamte haben auf Wunsch des Ministers auf die Beschleunigung persönlich hingewirkt. Hinzu kam, daß auch der Denunziationsjuch Tor und Tür geöffnet wurde. Sogar Verwandte erstatteten gegen einander Anzeige in dem Bewußtsein, daß öffentliche Anklage erhoben werde und sie als Zeugen geladen würden. Ich habe gesagt, daß diese Beschleunigung der Justiz ungesetzlich war, und ich bin auch jetzt noch der Ueberzeugung. In einzelnen besonderen Fällen mag das zulässig sein; hier ist das systematisch geschehen. Da habe ich den Ausdruck gebraucht, daß es bedauerlich sei, daß von oben her auf die Justiz eingewirkt worden sei und die Gerichte sich dem fügten. Des weiteren bin ich auf die harten Strafen eingegangen. Die Strafen standen in keinem Verhältnis zu Strafen, wie sie früher verhängt wurden. Regelmäßig sind wegen Beleidigungen wochen- und monatelange Gefängnisstrafen verhängt worden, und zwar mit der Begründung, die Strafen verfehlen in diesen Zeiten ihren Zweck. Alles das aber geschah in der ersten Zeit; später griff eine mildere Praxis Platz. Aus dem Vorhergegangenen habe ich dann die Meinung ausgesprochen, diese Streitjustiz mache den Eindruck der Klassenjustiz; es werde der Anschein erweckt, daß die Spruchpraxis nicht eine objektive sei. In einigen Gerichten, in Duisburg und Dortmund, haben die Verteidiger die Gerichte abgelehnt. Der Eindruck, daß Klassenjustiz ausgeübt wurde, sei nicht nur in Arbeiterkreisen vorhanden. Schließlich nehme ich den § 193 in Anspruch. Wir Verteidiger waren alle recht erregt, und darum glaube ich, es sei ein Unrecht, wenn der Verteidiger sich öffentlich zurückstellt. Ich habe an den Justizminister eine Eingabe gerichtet und gebeten, einer Veränderung des Verfahrens und der Spruchpraxis das Wort zu reden. Das ist abgelehnt worden. Der Minister hielt das Vorgehen der Gerichte für richtig. Dann möchte ich noch aufmerksam machen, daß die Zugehörigkeit zur Organisation auf das Strafmaß einen Einfluß ausgeübt hat. Alles das hat mich bemogen, die Erklärungen in der Versammlung zu machen.

Nach Levys Darlegungen wurden die Artikel der genannten Zeitungen zur Verlesung gebracht.

## Soziales.

**Die Schnapspest.** An Säuferswahn in Karben in Bruch 1910 326 Personen, gegen 1086 im Jahre 1909, 1157 im Jahre 1908, 1208 im Jahre 1907, 1192 im Jahre 1906, 1008 im Jahre 1905, 1001 im Jahre 1904. Die meisten Todesfälle an Säuferswahn hatten 1910: Regierungsbezirk Opperln mit 88 (75 männlich, 13 weiblich), Landbezirk Berlin mit 78 (72 + 6), Stadtkreis Berlin mit 62 (58 + 4), Regierungsbezirk Düsseldorf mit 53 (49 + 4) und Regierungsbezirk Potsdam mit 52 (42 + 10), worauf Regierungsbezirk Schleswig mit 47 (44 + 3) und

Breslau mit 40 (33 + 7) kamen. Von den im Jahre 1908 gestorbenen 1157 Personen waren im Alter von 15-20: 57, von 25-30: 932, von 60-70: 181, über 70: 37. Die erhebliche Abnahme im Jahre 1910 ist zweifellos auf den Schnapsbott der Arbeiterschaft zurückzuführen. Genossen, sorgt durch Bonifat des Junfermanns dafür, daß die Schnapspest noch weiter eingedämmt wird.

**Ein Richter über die Wohnungsnot.** Das Schöffengericht in Köln verhängte in einer Sache, bei der eine Beleidigungs- und Mißhandlungssache in einem mit Mietern überfüllten Hause zugrunde lag, ganz geringe Geldstrafen und zwar mit der von Amtsgerichtsrat Dr. Imhof gegebenen Begründung: Die Schuld an solchen Vorkommnissen treffe unsere Gesellschaft, weil sie nicht längst etwas getan habe, um die Wohnungsnot zu heben.

**Krise auf dem Eisenmarkt in Sicht?** Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ meldet, daß die preussische Regierung als Mitglied des Rheinisch-Westfälischen Kohlenbündnisses sich sehr für eine weitere Erhöhung der Kohlenpreise interessiere. Auch die reinen Zeichen verlangten ein Hinansteigen der Preise für Kohlen und Koks. Die Regierung muß die Unterstellung, sie fordere Preisaufschläge, ganz entschieden und bedingungslos dementieren. Kann sie das nicht, dann ist ihr Verhalten gar nicht scharf genug zu verurteilen, das trifft sie die Schuld für die tolle Blinderung der Konjumenten. Schon bei den jetzigen Preisen erzielen die Gruben riesenhafte gesteigerte Ueberkürsse. Die erhöhten Kohlenpreise treiben auch die Eisenpreise in die Höhe. Mit Berufung auf die verteuerten Brennstoffe hat das Kohlenbündnis auf dieser Lage noch die Preise um 3-5 Mark pro Tonne erhöht, mit dem Vorbehalt, daß bei einer weiteren Verteuerung der Kohlen die Preise für Hoheisen erneut hinaufgesetzt würden, und zwar um 1,25 Mk. für jede Mark, um welche die Kohlen- und Kokspreise anstiegen. Die „Rheinisch-Westf.“ nennt übrigens die letzten Aufschläge auf die Eisenpreise maßig. Nun sind aber die Preise seit Ende 1910 bereits stark erhöht worden: für Spiegeleisen um 17 Mk. = 27 Prozent, für Hämaitit um 12,5 % = 18 %, für die übrigen Sorten um circa 10 Mark = ca. 15 %. Seit der Mitte des Jahres 1909 waren die Preise aber auch schon erheblich gesteigert worden, so z. B. für Hämaititeisen um 14 Mark, für Gießereieisen um 10 Mark usw. Das sind Preissteigerungen, die schließlich zur Krise führen. Bringt die nächste Krise herein, dann haben wir wieder den Zustand, wie er besonders scharf bei der Krise im Jahre 1901 heraustrat. Das Syndikat hatte die Abnehmer gezwungen, zu den letzten höchsten Preisen große Mengen abzukäufen. Dann stante die Nachfrage am Eisenmarkt ab, die verarbeitenden Werke saßen fest mit ihren hohen Eindeckungen. Es kam zu zahlreichen Prozessen, Zwangsverläufen und Zusammenbrüchen. Ähnliche Verhältnisse bereiten sich nun vor. Den Verbrauchern werden hohe Kohlen- und Eisenpreise aufgezwungen; kommt es nachher zum Krach, dann wird man, und zwar berechtigterweise, der Regierung den Vorwurf machen, daß sie das Unheil gefördert hat, sie also in erster Linie dafür verantwortlich sei. Der Staat als Handlanger der Rohmaterialienverbände schädigt in der größten Weise das Allgemeininteresse.

## Aus Nah und Fern.

**Wieder ein Selbstmord eines Veteranen.** In Gührau in Schlesien hat ein Veteran Selbstmord verübt. Dort erhängte sich am Brotkreuz seiner verstorbenen Frau der 79jährige Veteran Bogt wegen Nahrungsorgen und mißlicher Familienverhältnisse.

**Die Mafregelung Traubs sanktioniert.** Die beim preussischen Staatsministerium von dem Dortmund'schen Presbyterium der Reimoldkirchengemeinde in Gander Traub erhobene Beschwerde ist zurückgewiesen worden.

**Ein Bürgermeister als Kleptomane?** Wir lesen in der „Straßb. Post“ unter Mülhausen (Elsaß), 2. Oktober: „Seit einigen Tagen wollen Gerüchte wissen, daß Bürgermeister und Kreisratsmitglied Onimus von Wanzenheim, der bei den letzten Landtagswahlen eine Kandidatur aufgestellt hatte, dabei ertrappt worden sei, wie er im Warenhaus „Zum eisassischen Louvre“ einige Hemden- und Manschettenknöpfe entwendet habe. Wie von zuverlässiger Seite verlautet, stimmt diese Nachricht in der Hauptsache. Bürgermeister Onimus wollte zwar nicht wissen, wie die paar Knöpfe in seine Tasche kamen, erklärte sich aber sofort bereit, sie zu bezahlen, und kam auch der Aufforderung des Warenhausbesizers nach, 20 Mk. als Sühne in die städtische Armenkassa zu zahlen. Auch legte er am folgenden Tage eine Anzeige als Bürgermeister und als Mitglied des Kreisrates nieder. Daraus kann wohl geschlossen werden, daß Onimus, der übrigens ein reicher Landwirt und Junggeselle ist, sich schuldig fühlt. Die Fortschrittspartei hatte seit den Landtagswahlen wegen Meinungsverschiedenheiten über die Wahlkosten alle Beziehungen zu Onimus abgebrochen.“ — Die „Neue Mülh. Ztg.“ berichtet über den Fall: „Zum neuesten Warenhausdiebstahl, der übrigens sich schon vor 14 Tagen ereignete, schreibt uns ein Mitarbeiter, daß er schon tags nach dem Vorfall aus bester und zuverlässigster Quelle darüber informiert war; dennoch er von einer Meldung abstand, weil es ihm zu ungeheuerlich und geradezu unmöglich erschien, daß ein Bürgermeister und Gutbesitzer, der eine Reihe Ehrenämter bekleidet und im ganzen Kreise Mülhauens das größte Ansehen genöß, einen Ladendiebstahl begeht, bei welchem das Diebesobjekt dazu noch eine Baggatelle war. Und doch stellt es sich jetzt heraus, daß dem tatsächlich so ist. Er ließ sich zur Auswahl einige Manschettenknöpfe vorlegen und steckte in einem günstigen Augenblick einige in die Tasche, was aber der Verkäuferin, die zunächst dazu schwieg, nicht entgangen war. Als er nach dem Preise eines Paars fragte, nannte die Verkäuferin diesen, legte aber hinzu, diejenigen, welche er in der Tasche habe, seien teurer. Dem herbeigerufenen Geschäftsinhaber gestand der Bürgermeister dann den Diebstahl ein. Der Geschäftsführer wollte von einer Anzeige Abstand nehmen, machte jedoch die Bedingung, daß der Bürgermeister einen angemessenen Betrag in die Armenkassa zahle, was dieser auch versprochen. Der Bürgermeister kennt, kann den Diebstahl nur einem Anfall von Kleptomanie zuschreiben.“

**Risiko der Arbeit.** Durch Entzündung von Gasen wurden auf dem Ralsbacht in Hedra a. d. Unstrut zehn Arbeiter an Händen und Füßen verbrannt; doch besteht für keinen Lebensgefahr. — Sonntagabend gegen acht Uhr explodierten in einem Schuppen der Firma de Wendel in Haxingen zwei Gasmotoren unter furchtbarer Detonation. Der Schuppen wurde in die Luft gesprengt. Acht Arbeiter wurden schwer, mehrere andere leicht verletzt. — Die „Lothringer Nachrichten“ melden aus Hagendingen: Sonntag früh wurden auf dem Stahlwerk Eshylen beim Herabführen eines Krans ein Kranführer und ein unten beschäftigter Arbeiter getötet. Außerdem sollen vier Leute verletzt worden sein.

**Ein neuer Werd in der Neuyorker Spielbank.** Die Spielbankaffäre, die wochenlang die Gemüter der Neuyorker Bevölkerung bewegte, geht immer weiter

gleichzeitig Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung erlangten, an beiden Stellen gezählt sind. Deswegen müssen wir uns damit begnügen, anzugeben, was in den einzelnen Jahren von den Arbeitern errungen oder von ihnen an Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen abgewehrt worden ist. Auch so dürfte die Arbeiterchaft erkennen, daß ihre Kämpfe nicht vergeblich waren und ihr Aufstieg ohne die im Interesse der Junter fortgesetzte erfolgreiche künstliche Verteuerung der Lebenshaltung durch ihre gewerkschaftlichen Organisationen gesichert wäre.

Die im Jahre 1911 abgeschlossenen Tarifverträge als Folge der Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen sind nicht so zahlreich als im Jahre 1910. Im Jahre 1909 wurden 1913 Tarifverträge für 159 628 Personen, 1910 4398 Verträge für 607 023 Personen und 1911 3499 Verträge für 304 481 Personen abgeschlossen. Im Jahre 1910 war wiederum die Aussperrung der Bauarbeiter von Einfluß. Es wurden in diesem Jahre für das Baugewerbe 2142 Verträge für 372 384 Personen vereinbart, während 1911 im Baugewerbe nur 831 Verträge für 52 480 Personen zum Abschluß kamen. Es wurden dann ferner Tarifverträge abgeschlossen: In der Metallindustrie in 539 Fällen für 54 550 Personen, in graphischen Gewerbe und der Papierindustrie in 65 Fällen für 16 328 Personen, in der Holzindustrie in 498 Fällen für 50 829 Personen, in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie in 591 Fällen für 25 638 Personen, in der Bekleidungs-, Leder- und Textilindustrie in 278 Fällen für 50 419 Personen, im Handels- und Transportgewerbe in 505 Fällen für 34 504 Personen und in den sonstigen Berufen in 192 Fällen für 17 733 Personen.

Schon im Bericht des Vorjahres wiesen wir darauf hin, daß die Zahl der Fälle, in denen es zum Tarifabschluß kam, nicht gleichbedeutend ist mit der Zahl der abgeschlossenen Verträge. Da oftmals an Bewegungen, die zum Tarifabschluß führen, mehrere Organisationen beteiligt sind, so können Doppelzählungen der Tarife nicht vermieden werden. Es können solche auch für eine Organisation eintreten, wenn die gleiche Bewegung zum Teil mit und zum Teil ohne Arbeitseinstellung verläuft und es in beiden Fällen zum Tarifabschluß kommt. Diese Doppelzählungen lassen sich nicht hier, sondern nur in der Tarifstatistik ausscheiden.

## Gewerkschaftsbewegung.

**Der Streik im Kölner Verkehrsgewerbe ist beendet.** Der Ausstand der Droschkentischer und Chauffeure in Köln ist nach wiederholten Verhandlungen mit den Vertretern des Kölner Polizeipräsidenten beendet worden. Der Streik wurde mit großer Entschiedenheit durchgeführt. Kein einziges Mietzsfuhrer war in den Straßen Kölns zu sehen. Die Verhandlungen wurden dadurch erleichtert, daß der Polizeipräsident in Urlaub ist. Bei den wiederholten Verhandlungen, die sich bis in die Nacht hinein ausdehnten, wurde die Befestigung einiger Schrottscheiben der neuen Verkehrsordnung sofort zugefagt, für andere wurde eine mildere Handhabung oder baldige mildere Fassung in Aussicht gestellt. Nach der Rückkehr des Polizeipräsidenten wird sich zeigen, wie weit die Zulagen der den Präsidenten vertretenden Polizeioberinspektoren Wirklichkeit gewinnen. Vorläufig bleibt als beachtenswert die Tatsache bestehen, daß eine königlich-preussische Polizeibehörde mit einer Streikkommission verhandelt und Abmachungen getroffen hat.

**Differenzen in der Wurfabrik von Sauermann in Kalmbach.** Diese Fabrik beschäftigt zurzeit 110 Gesellen, 40 ungelernete Arbeiter und einige weibliche Hilfskräfte. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, sowie die Logiseinrichtungen lassen vieles zu wünschen übrig. Die Arbeitszeit beginnt früh um 5 Uhr und endet abends durchschnittlich um 7 Uhr; auch Sonntags wird von 5-9 Uhr gearbeitet, selbst geschlachtet wird an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen, ohne daß sich die Behörden von dieses geschwirdrige Treiben kümmern. Ihre Konkurrenzfähigkeit und die fetten Dividenden sichern die Firma durch Löhne von 7, 8 und 9 Mark wöchentlich. Ueberstundenbezahlung ist ausgeschlossen. Die Logis sind Massenquartiere, nur 50 Mann schlafen in dem einen Raum. Ständig sind die Klagen über schlechte und unzureichende Kost. Antreiber fehlt trotz der ohnehin langen und schweren Arbeit nicht. — Diese Firma hat alle Ursache, ein bitterer Feind der gewerkschaftlichen Organisation zu sein. Wer sich organisiert, der liegt. Bereits 1907 war es dem Zentralverband der Fleischer gelungen, das Personal zu organisieren und durch Streik sogar einen Tarifvertrag zu erlangen. Bald waren aber die Organisierten gezwungen, erneut zu streiken. Diesmal holte sich die Firma Streikbrecher, die dann mit Knüppeln auf die Streikenden losgelassen wurden. So siegte die Firma damals. Es wurde seitdem treue Wacht gehalten, damit der vermaledeite sozialdemokratische Zentralverband der Fleischer nicht wieder verkehrt und unzufrieden macht. Die Zustände wurden immer unerträglicher und schließlich trieb die Beschäftigten das eigene Verlangen zu der Organisation, in dem Bewußtsein, daß nur durch diese bessere Verhältnisse geschaffen werden können. Circa 50 Mann organisierten sich, aber flugs wendet die Firma die brutalsten Mittel an, das Koalitionsrecht zu vernichten. Zunächst wurde der Vorsitzende gemafregelt. Dem Verbandsvorsetzer erklärte Herr Sauermann, daß er Herr im Hause sei, er dulde keine Organisierten, er brauche Leute zum Arbeiten, zu nichts weiter. Jetzt hat die Firma 12 Mann gemafregelt, weil sie „noch im Verbanne sind“. — Die Firma hat namentlich in süddeutschen Städten und da besonders in Arbeitervierteln ihr Absatzgebiet. Aber auch eine Reihe Konsumvereine zählen zu den Kunden Sauermanns. Solange sich diese Firma weigert, organisiertes Personal unter geordneten, menschenwürdigen Lohn- und Arbeitsbedingungen zu beschäftigen, muß ihr gezeigt werden, daß die Arbeiterchaft es versteht, durch Solidarität ihre Sympathie der kämpfenden Organisation zum Ausdruck zu bringen.

**Streik in der Zigarrenfabrik von S. Kersten in Drjon.** Seit dem 21. September befinden sich die Zigarren- und Widelmacher der Firma S. Kersten wegen einer 10 bis 15-prozentigen Lohnforderung im Streik. Die fünf „Christlichen“ hatten dieselben Forderungen gestellt, arbeiten jetzt aber ruhig weiter. Der Tabakarbeiterverband kommt mit 40 Mitgliedern in Betracht. Bemerkenswert ist, daß die christliche Zentralleitung es abgelehnt hat, die gemeinsamen Forderungen auch gemeinsam einzureichen. Die übrigen Firmen haben jetzt beschlossen, die Arbeiter auszusperrn; es würden 120 Arbeiter davon betroffen werden. — Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Bewegung noch weitere Kreise zieht.

**Reife. Sonnabend** abend ist J. A. Zelig, der angeblich auf Geheiß des Polizeileutnants Becker die Mörder des Spielhöllebesizers Rosenthal gebunden hat, auf der Straßbahn von einem gewissen Philipp Davidsohn erschossen worden. Davidsohn behauptet, die Tat begangen zu haben, weil er von Zelig beraubt worden sei. Zelig wäre einer der Hauptzeugen des Staatsanwalts in dem am Montag beginnenden Beckerprozeß gewesen. Der Spieler Rose prophezeite noch am Sonnabend nachmittag dem Staatsanwalt, daß man Zelig beseitigen würde, um seine Aussagen zu verhindern. Im Besitze Zelig's wurden blutbefleckte Briefe der vier angeblichen Mörder Rosenthal's gefunden.

**Kaiserliche Republikaner.** Nach einer Mitteilung der Frankfurter Zeitung wurde dieser Tage von der 'Agence Extrême Orient' folgendes aus Peking berichtet:

Infolge der Anwesenheit zweier hervorragender Revolutionäre in Peking, Dr. Sun Yat-sen und Hwang-ching, hat Prinz Pulun von der kaiserlichen Wirtwe Longyu und dem Kaiser Puji den Befehl erhalten, zu Ehren dieser beiden einen großen Empfang zu veranstalten. Die beiden Genannten haben die Einladung hierzu angenommen. Der Prinz Pulun hat bei dieser Gelegenheit im Namen der Kaiserin und des Kaisers (beide haben auch nach der Abdankung ihre Titel beibehalten) eine Rede vorlesen, die folgendermaßen lautet:

Die Herren Sunyat-sen und Hwang-ching sind außerordentliche Genies. Sie haben einen Sieg errungen ebenso groß wie sie selber. Sie haben das alte Regime geändert und die Republik dank einer Arbeit vieler Jahre eingerichtet. Sie haben auch ihre Großmut, ihre Tugend und ehrliche Gesinnung dabei gezeigt. Im 20. Jahrhundert drängt eine allgemeine Stimmung die Völker nach der Republik hin, und niemand kann dieser widerstehen. Deshalb hat die Kaiserin Witwe den Thron verlassen, und sie sowohl wie der Kaiser selbst sind Anhänger der Republik geworden, und alle beide wünschen, daß man eine Politik der Gleichheit und der Vereinigung der fünf Rassen befolge, um das Land einer guten Zukunft entgegenzuführen. Die ganze kaiserliche Familie ist glücklich, daß nun die Zukunft des Landes und die Vereinigung der fünf Rassen durch die Republik gesichert erscheint. Nur deswegen haben der Kaiser und die Kaiserin auf den Thron verzichtet.

Der General Hwang-ching, ein äußerst energischer Revolutionär, der u. a. die Erhebung Kantons Anfang 1911 organisierte und während der Revolution Hanyang gegen die kaiserlichen Truppen verteidigt hat, antwortete:

Wenn die Revolution so großartig gewesen ist und ihre Aufgabe so leicht zu lösen und ihr Triumph so schnell war, so ist dies vor allem der Gabe zu danken, die für die republikanische Bewegung günstig war, aber auch dem Edelmüt des Throns, der kein Blutvergießen leiden wollte, ferner dem Einfluß Kwansichitais und der Staatsmänner des Nordens, die die Meinung des Thrones teilten. Ich kann daher sagen, daß alle Mitglieder der kaiserlichen Familie ihren Anteil hatten an dem Triumph der Republik und daß auch ihnen hierfür die Ehre gebührt.

Am Abend fand ein großes Fest statt, auf dem Toaste zwischen den Revolutionären und den ehemaligen Imperialisten ausgetauscht wurden; auch mehrere Mitglieder der kaiserlichen Familie nahmen bei den Ansprachen das Wort. Das Fest nahm erst um Mitternacht sein Ende. — Unseren heutigen Monarchisten werden ob einer solchen dynastisch-republikanischen Verbrüderungsfeier mit ihrer Verherrlichung der Revolution die Haare auf den loyalen Köpfen zu Berge stehen. In China sind aber selbst die Angehörigen des Kaiserhauses davon überzeugt, daß sie zur Wohlfahrt eines Landes höchst überflüssig sind, und daß eine Revolution ein höchst segensreicher Vorgang, die Republik aber eine treffliche Staatsform sei.

'Agence d'extrême Orient' kann aus Peking folgendes nachtragen: Nach ihrem Empfang durch die kaiserliche Familie haben Sunyat-sen und Hwang-ching dem Prinzen Tschun, d. h. dem früheren Regenten, ihren Besuch abgelehnt, der bald darauf jedem von ihnen diesen Besuch erwiderte. Er war begleitet von dem General Kiang, dem Ober der Gendarmen. — Ein Beweis mehr dafür, wie eine erfolgreiche Revolution auch auf die Glieder einer Dynastie erzieherisch wirken kann.

## Genossenschaftsbewegung.

**Die Mittelständler und die Konsumvereine.** Daß die organisierten Mittelständler einen hartnäckigen Kampf gegen die Konsumgenossenschaften führen, ist allgemein bekannt. Jeder Verständige sieht ein, wie töricht dieser Kampf ist. Aber Besinnliche verirren sich ja nicht unter Mittelständler, deshalb braucht man auch keine Befehlungsversuche zu machen, nur feststellen muß man ihn und wieder, was die Herrschaffen alles zur Bekämpfung der Konsumvereine verlangen. Auf dem Reichsdeutschen Mittelstandstage, der kürzlich in Braunschweig tagte, wurde den Herrschaffen zunächst einmal von einem handelskammerpräsidenten, der Spezialist in der Konsumvereinsbekämpfung ist, erzählt, daß die Bekämpfung des Massenkonsums zur Erzeugung von Massengütern und zur Verlagerung der Produktion führt. Es wurde dann die Ver-

antwortung des selbständigen Mittelstandes, des 'Rückgrats unserer Volkswirtschaft', durch die Konsumvereine beklammert und schließlich der rote Lappen geschwenkt. Verlangt soll werden: Einführung der Konzeptionspflicht für Beamtenkonsumvereine. Dann wurde wieder die übliche Forderung des Verbots der Beteiligung der Beamten an der Verwaltung von Konsumvereinen erhoben. Ferner will man es den Konsumvereinen unmöglich machen, selbstproduzierte Waren an Nichtmitglieder zu verkaufen, und schließlich wurden allerhand Steuerpläne vorgeschlagen und als Trumpf der Borniertheit das Verbot der Errichtung von Verkaufsstellen außerhalb des Orts verlangt. Danach dürfte der Konsumverein Berlin in Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf, Neukölln, Weiskensee usw. und vor allem in Berlin selbst keine Verkaufsstellen unterhalten, denn der Verein hat seinen Sitz in einem Vororte von Berlin. Das allein zeigt schon den ganzen Widerstand dieser unmöglichen Forderung, überall ziehen die großen industriellen Betriebe aus den Städten heraus in die Vororte, die Konsumvereine will man auf den Ort beschränken, so daß sie häufig nicht einmal in der Lage wären, den teuren Grund und Boden der inneren Stadt zu verlassen. Im weiteren Verlaufe der Tagung sprach man dann noch weiter über die Besteuerung der Konsumvereine. Die Herren werden es ja nicht erleben, daß ihre unünftigen Pläne von der Gesetzgebung aufgenommen werden, denn alles, was diese Leute wünschen, kann sich nicht einmal das preußische Abgeordnetenhaus gestatten. Da aber die paar Händler, die hier in diesen Organisationen den Ton angeben, bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit den Mund Gott weiß wie weit aufreißen, wird es am Plage sein, wenn auch die organisierten Konsumenten überall, wo ihre Interessen berührt werden, sich etwas kräftiger äußern, als das bislang geschieht.

## Standesamtliche Nachrichten

vom 29. September bis 5. Oktober 1912.

### Geburten.

a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.

22. September Arbeiter R. J. H. Labinkus. 24. Maurer A. Almiger. 25. Arbeiter W. J. J. Stegmann. 26. Banddirektor F. Renner. Briefträger W. J. W. Wulf. Gärtner G. J. F. Schreger. 27. Arbeiter J. J. W. W. W. Arbeiter R. H. F. Hasselfeldt. Kaufmann R. J. Köbbeling. Arbeiter G. J. H. Wittenfe. 28. Buchbinder J. H. Klein. Arbeiter G. A. R. Schmidt. 29. Wirt G. J. Köster. Landchaftsgärtner A. F. G. Dehn. Tapezierer G. G. J. Köster. 30. Vorzeichner A. G. Maack. Friseur G. J. J. Frahm. Maschinist G. F. W. Lepinsky. Arbeiter A. F. Sid. Bäcker A. M. Holz (Vorwerk).

1. Oktober Telegraphenarbeiter F. J. W. Schlie. 2. Anstreicher G. W. E. Giende.

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.

23. September Lagermeister J. W. H. Schnoor. 24. Gärtner L. G. Sudoffsky. Hilfsbofist Sergeant G. W. Bunge. 25. Arbeiter R. P. J. Alvert. 27. Arbeiter J. J. G. Gmke. Arbeiter G. W. M. Schöntag. 28. Arbeiter J. J. G. Gmke. 29. Handlungsgehilfe G. A. H. Oldag. Brunnenbauer D. W. Fiedler. Händler G. E. Prohmann. 30. Arbeiter G. Chr. A. Schomacker. Mieter J. G. F. Krip-gans. Arbeiter G. F. W. Home.

1. Oktober Arbeiter G. J. G. Wient (Zwillinge). Arbeiter F. G. E. Wulf. Schiffseigner G. F. W. Spielmann (Sachsenhausen). Schlosser A. G. J. Behrend. 3. Buchdrucker J. G. W. Kleve.

### Angedruckte Aufgebote.

30. September. Arbeiter G. W. A. Thies und B. R. M. Reshöf. Navigationslehrer F. W. B. A. Bolle und G. W. A. Schneemilch in Brunschaupten. Kaufmann G. W. H. R. Grothkop in Gehlingen und M. D. W. Heuer. Bureauvorsteher M. G. Chr. Krüger und A. W. Krüger in Hannover. Bildhauer G. W. Vogt in Hensburg und R. D. Jessen in Schafhaus. Kaufmann A. W. R. Siewert in Ribnig und G. W. A. J. Köbke in Vogtschagen.

1. Oktober. Gerichtsaktuarhilfe J. J. W. Wendt in Schwariau und R. A. Chr. Schnoor. Handlungsgehilfe W. R. M. Wils und A. A. R. Pade. Sergeant W. Wandel und D. A. G. Wiff. Handlungsgehilfe G. E. G. Stoof und M. A. G. J. Stühli. Arbeiter W. J. Töllner und L. M. S. Schuldt. 2. Arbeiter M. L. W. Vege und A. J. M. Mardfeldt. Schuhmacher R. W. G. Obst und A. G. Chr. Ritter. Geschäftsführer J. D. E. Sittel und G. E. R. Dreper. Hilfsarbeiter A. A. D. Mojanke und M. Rhein-felder, beide in Braunschweig. Handlungsgehilfe H. Holt und J. R. M. Kempf in Bremen. Schmiedemeister B. W. Müller und J. W. J. Schröder in Wüchow. Feuerwehmann R. F. Th. Bidow und G. E. M. Bruhn in Gostorf. 3. Güterbodenarbeiter J. J. F. W. Schröder in Hamburg und G. M. S. Schnauer. Maurergehilfe G. J. J. Heiden in Schlutum und M. W. G. M. Pfensig in Schönböden. Schlossergehilfe J. R. M. Hooper und J. E. M. Geese in Dorf Strahlendorf. 4. Straßenbahnwagenführer G. H. D. Voie und M. M. E. Sellmann. Buchbinderhilfe G. W. J. Chr. Beele und R. M. G. Wotim. Schlosser G. H. M. Gück und R. D. Zurnau, beide in Hannover. Schachtmeister J. Wiczorek in Dahme und K. W. D. Fietgen in Brackrade. 5. Kaufmann J. Chr. R. Wilt und S. D. Münzel, beide in Peine.

## Chefschlehtungen.

30. September. Leutnant im Infanterie-Regiment von Manstein R. D. Schwers in Hadersleben und E. J. M. Schwaibrod.

1. Oktober. Lehrer G. F. W. K. Gieseler in Berlin und G. M. Dammeyer. Bäckermeister A. M. Klutke und G. F. A. Braun. Ingenieur A. G. F. Böhme und A. J. Sippe. Stadtschreiberassistent J. H. A. Wittin und G. J. M. Schwindendorff, beide in Kiel. 3. Monotypsetzer F. W. Gaische in Basel und W. J. Mittscher. 4. Versicherungsbeamter B. J. F. Wildner und G. D. M. Schwark. Bahnarzt H. A. F. Ehrlich in Charlottenburg und W. B. R. M. Konckly in Wittbinn auf Amrum. Vormann G. G. M. Bloog in Travemünde und R. G. D. Krellenberg. Generalsekretär G. R. O. Dunder in Berlin-Wilmersdorf und G. E. Kempe in Ostorf bei Schwerin. 5. Matergehilfe Chr. Mühl und M. Jablonski. Zimmermann J. Rauch und J. R. M. Johansson. Gärtner R. E. R. W. Frehle und M. L. G. F. Rath in Sternberg. Postbote J. F. G. H. Luckmann und M. R. G. Chr. Hinz. Wäschmeister J. G. H. Pippke und F. D. J. R. Waig. Arbeiter A. A. Sindt und M. W. A. Burmann. Schneidergehilfe B. J. W. Rohloff und J. Ott in Schönberg in Meckl. Glaser D. A. E. Könnack in Rakeburg und S. R. G. Haack. Straßenbahnwagenführer R. A. Witte und G. D. E. R. M. Stollenberg. Arbeiter A. Petersson und A. Ratajczak. Arbeiter R. G. F. Buttmann und M. Daegeln in Hamburg. Privatsekretär W. R. R. Kröger in Hamburg und M. Kavinovs. Schlachter F. R. J. Schulz und G. E. Chr. Eulert. Arbeiter A. F. W. Grundig und Witwe M. R. W. Buch geb. Mansberg. Gefängnis-auffeher K. H. R. Kleinhammer in Fuhlshütel und L. A. E. W. Schult. Schmiedegehilfe B. H. H. Bruhn und G. A. R. Lems. Lehrer R. J. M. Capell und M. Schlei-Bismus. Arbeiter G. R. W. Kaasch und J. L. A. Eulert. Handlungsgehilfe W. W. Schröder und M. R. P. Bollow.

### Sterbefälle.

28. September. 28. Arbeiter G. H. A. Wulf, 65 J. (Mölln). 29. G. M. M. geb. Roß. Witwe des Arbeiters J. H. Kieckhoff, 90 J. H. H. Kietelhohn, 1 Mt. Früherer Flachsbinde J. G. H. Hein, 82 J. W. G. Svenson, 7 Mt. M. D. G. L. geb. Dittmer. Ehefrau des Meierei-erwalters B. R. H. Schröder, 26 J. Seemaschinist G. J. L. Starb, 39 J. 30. Konditor G. W. D. Neumann, 63 J. Rentenempfänger W. J. Gravenhorst, 67 J. Chr. G. F. geb. Dührkoop, Witwe des Arbeiters J. G. H. Groth, 80 J.

1. Oktober. M. M. G. geb. Gehrlen. Ehefrau des Rassenboten J. J. H. Raath, 47 J. G. F. J. geb. Niechert. Witwe des Arbeiters J. J. Chr. Carsten, 47 J. 2. Ein totgeborenes Mädchen, B.: Heizer G. J. W. Bollmann. Ein Mädchen, 2 Tage, B.: Arbeiter F. Chr. A. Schomacker. G. E. geb. Seestadt. Ehefrau des Gebirgshüters C. A. G. F. Möller, 39 J. 3. G. F. G. geb. Eckhoff. Witwe des Privatmanns A. G. E. Heuer, 73 J. J. L. W. Frank, 6 Mt. G. F. R. Schöning, 5 J. A. Jürgens, 18 J. 4. G. Wulf, 3 J. Arbeiter A. J. G. Kullmann, 40 J. 5. R. A. A. Heymann, 29 J. Eisenbahn-Wagenschieber a. D. J. J. W. Lorenz, 33 J. W. R. L. Wilms, 5 Mt.

## Literarisches.

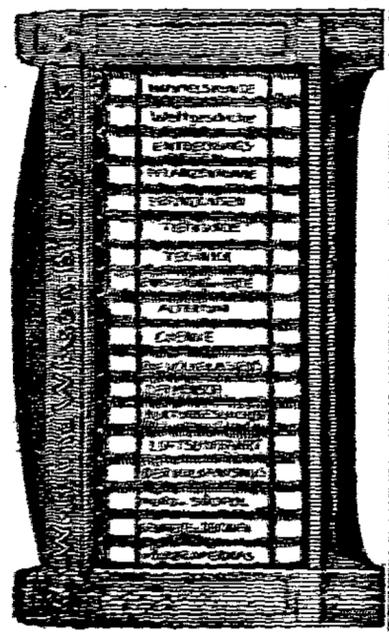
Im Verlag von J. H. W. Diez Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen: **Der Kapitalismus im Altertum.** Studien über die römische Wirtschaftsgeschichte von Joseph Sabinola, Professor an der Universität Neapel. Nach dem Französischen übersetzt von Karl Kautsky jun. Mit einem Vorwort von Karl Kautsky. Preis broschiert 2,50 Mk., gebunden 3,— Mk. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die Anfänge des Reichtums. — Das mobile Kapital. — Der Großgrundbesitz. — Das kleine Grundeigentum. — Die Güterproduktion. — Die landwirtschaftliche Produktion. — Der Kapitalismus. — Die Wirtschaftsverfassung. — Der wirtschaftliche Zusammenbruch. — Die Wirtschaft des Altertums. — Kautsky jun., der auch die Korrekturen durchgeführt hat, schreibt im Vorwort über das Buch unter anderem folgendes: „Wohl ist es ein gelehrtes Werk, aber so anschaulich und leicht verständlich geschrieben, daß man durch aus keiner Fachkenntnis bedarf, um es zu verstehen. In der deutschen Ausgabe ist die Allgemeinerverständlichkeit und leichte Lesbarkeit noch erhöht dadurch, daß der gelehrte Apparat aus dem Text entfernt und dem Werk als Anhang beigelegt wurde, wo ihn jene finden, die den Gegenstand weiter verfolgen wollen. Außerdem wurde allen fremdsprachigen Ausdrücken und Zitaten im Text, soweit ihre Uebersetzung in der Ursprache notwendig erschien, die deutsche Uebersetzung hinzugefügt.“

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: J. H. Schmarck. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

## Insertate

finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten“.

## Höchstwichtige Mitteilung für alle Leser des „Lübecker Volksboten“.



Unsere Lesern teilen wir hierdurch ergebenst mit, daß wir von jetzt ab eine reich illustrierte Wochenchrift unter dem Titel „Welt und Wissen“ herausgeben und hierdurch ein Blatt geschaffen haben, welches sowohl den ersten Gelehrten wie auch den Mann aus dem Volke voll befriedigen wird. Die Ausstattung ist eine erstklassige. Zahlreiche gewählte Abbildungen werden das geschriebene Wort ergänzen. Die Namen der Mitarbeiter — nur allererste Fachleute — sind jedem gebildeten Deutschen bekannt. Um nun zu ermöglichen, daß alle unsere Abonnenten darauf abonnieren können, haben wir die kleine Gattschidigung, die wir notwendig haben müssen, äußerst niedrig gestellt, und zwar auf nur 15 Bfg. für ein 24 Seiten starkes Heft. Jedes Heft enthält 10—20 Artikel, von denen wir als Beispiel einige anführen: Der Mensch in der Hochkultur. — Wenn die Erde ergrünt. — Gesundheit und Schönheit. — Der Wille und dessen Symptom.

Das Leben unter Wasser. — Fernphotographie. — Liebe und Ehe bei den Naturvölkern. — Der Mensch und die Geisterwelt. — Flüssige Luft. — Einfluß der Lebensweise auf das Menschenalter. — Verschwindene Städte in der Sahara. — Die Zukunft der Elektrizität im Haushalt. — Mein Aquarium. — Unser Sonnensystem. — Das heutige Erbrecht usw. usw. Um unser Ziel zu erreichen, daß „Welt und Wissen“ von jedem Gebildeten abonniert wird, liefern wir an Abonnenten von „Welt und Wissen“ eine große illustrierte Hand- und Hausbibliothek vollständig gratis, und zwar sind folgende Werke in Aussicht genommen, von denen zu jedem Jahrgang resp. 32 Heftlieferungen 3 kompl. Werke geliefert werden: Illustrierte Geschichte des Deutschen Volkes. Illustrierte Weltgeschichte. Die Entstehung der Erde. Illustrierte Hummelkunde. Illustrierte Kulturgeschichte des Deutschen Volkes. Dentwürdige Entdeckungserreisen. Dentwürdige Entdeckungen. Illustrierte Tierkunde. Illustrierte Pflanzenkunde. Illustriertes Buch der Technik. Entdeckungserreisen nach dem Nord- und Südpol.

Entdeckungserreisen im schwarzen Erdteil. Illustriertes Buch der Chemie. Der Vulkanismus. Die Luftschiffahrt und der Aeroplan. Der Bau des menschlichen Körpers. Die Völker Afrikas. Die Völker Asiens. Die Völker Americas. Illustrierte Geschichte des Altertums.

Bestellchein für die Abonnenten des „Lübecker Volksboten“.

Herren **Fr. Meyer & Co.** Lübeck.

Unterzeichneter abonniert hierdurch auf

„Welt und Wissen“.

52 Hefte à 15 Bfg.

Name: \_\_\_\_\_

Ort: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_